

Wortprotokoll

Sitzung 22. Sitzung des Gemeinderats Kreuzlingen der Amtsperiode 2015/2019
20. Legislaturperiode

Datum Donnerstag, 5. Oktober 2017, 19.00 Uhr

ort im Rathaussaal

Anwesend

36 Mitglieder des Gemeinderats
ab 20.25 Uhr 37 Mitglieder des Gemeinderats
4 Mitglieder des Stadtrats

Abwesend

GR Wolfender, GR Wipf

Absolutes Mehr

19

Später eingetroffen

GR Kuntzemüller 20.25 Uhr

Vorzeitig weggegangen

–

Vorsitz

GR Daniel Moos

Protokoll

STS Thomas Niederberger, Tatiana Abate

Traktanden

Protokollgenehmigung

1. Protokoll der Sitzung vom 7. September 2017

Botschaften

2. Budget 2018 der Stadt Kreuzlingen
3. Genehmigung
 - a. Baurechtsvertrag mit der Tennishalle am See AG, 8280 Kreuzlingen, zur Erstellung und zum Betrieb einer Halle für den Tennis- und Badminton sport auf der Parzelle Nr. 5064 (D20240) im Gebiet Seezelg
 - b. Änderung Baurechtsvertrag mit der Tennishalle am See AG für die bestehende Anlage an der Seestrasse 11a (Nutzungsänderung und Verlängerung)
4. Kreditbegehren von CHF 400'000.– für die Durchführung eines Architekturwettbewerbs und die Projektierung bis und mit Volksabstimmung für ein Parkhaus mit Buseinstellhalle beim Hafbahnhof

Verschiedenes

5. Verschiedenes

Der Ratspräsident: Geschätzte Vize-Stadtpräsidentin, liebe Stadträtinnen und Stadträte, geschätzte Gemeinderäte, liebe Gäste, ich heisse sie recht herzlich willkommen zur heutigen Gemeinderatssitzung. Heute stehen wichtige Themen auf dem Tapet, zum einen das Budget und zum anderen zwei Botschaften, wo man das eine oder andere sicher noch diskutieren wird. Wenn die Mitarbeit an der Gemeindeordnung ein Highlight des Gemeinderatsdaseins ist, ist die Führung einer Budgetsitzung sicher die Kür des Gemeinderatspräsidenten. Somit freue ich mich sehr, mit ihnen diese Zeit zu verbringen und diese Budgetsitzung zu führen.

Begrüssen möchte ich Gemeinderätin Elina Müller, sie ist heute zum ersten Mal hier und ich wünsche ihr viel Erfolg bei der Arbeit im Gemeinderat.

Aus den Medien haben sie vielleicht vernommen, dass Gemeinderat Winterhalter aus persönlichen und gesundheitlichen Gründen aus dem Gemeinderat zurückgetreten ist. Ich möchte ihm an dieser Stelle im Namen des Gemeinderats herzlich für seine Mitarbeit und für seinen Beitrag im Gemeinderat danken und wünsche ihm für die Zukunft alles Gute. Bevor wir anfangen, möchte ich noch auf etwas hinweisen. Wir haben im Büro besprochen, dass die heutige Sitzung mit relativ vielen Geschäften befrachtet ist, die unter Umständen längere Diskussionen mit sich bringen. Wenn wir merken, dass die Sitzung zeitlich aus dem Ruder läuft, bitte ich sie, sich zu melden. Wir können dann unter Umständen ein Traktandum mittels eines Ordnungsantrags verschieben.

Traktandenliste

Der Ratspräsident stellt die Traktandenliste zur Diskussion.

Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

Protokollgenehmigung

1. Protokoll der Sitzung vom 7. September 2017

Abstimmung: Das Protokoll der Sitzung vom 7. September 2017 wird mit **32 Ja-Stimmen** bei 4 Enthaltungen **genehmigt**.

Botschaften

2. Budget 2018 der Stadt Kreuzlingen

Eintreten ist obligatorisch.

Vize-STP Raggenbass: Es ist für mich das erste Mal. Wir durften in der FRK schon lang und breit und vor allem sehr präzise durch die einzelnen Konten führen. Wir konnten mit unseren Mitarbeitenden einmal mehr ein Jahr nicht nur gestalten, sondern auch festlegen, was wir vorhaben. Das ist für uns dieses Jahr auch vom Ablauf des Finanzplans und erst dann des Budgets ein wichtiger Teil, dass wir wissen, was hinter all diesen Zahlen, über die wir abstimmen, steckt. Dass die Projekte, die wir machen wollen, im Vordergrund stehen und wichtig sind, dass man sich diese vor Augen hält, bevor man über die eine oder andere Position abstimmt. Wir haben eine hervorragende Ausgangslage. Wir schwimmen nicht im Geld, aber wir haben Geld zur Verfügung, und zwar für die Sachen, die wir in den nächsten Jahren realisieren wollen. Ich bitte Sie hier, sich das beim Budget vor Augen zu halten, dass wir mit dem gleichbleibenden Steuerfuss, den wir beantragen, alle diese Sachen realisieren können und auch absehbar wieder aus einem Schuldental in ein Hoch hineinkommen. All das möchte ich nicht zu ausführlich machen, der FRK-Präsident wird noch darüber sprechen und ihnen erläutern, was in der FRK alles besprochen wurde. Ich freue mich auf diese Sitzung und hoffe, dass wir gute Diskussionen haben und die wichtigen Positionen realisieren dürfen.

GR Dufner: Wir durften das Budget in einer Sitzung intensiv beraten, wie es von Vize-STP Raggenbass bereits ausgeführt wurde. Es ist ja ein erfreuliches Budget, welches wiederum einen Betragsüberschuss von CHF 1.4 Mio. ausweist. Wir haben Nettoinvestitionen von rund CHF 20 Mio. in diesem Budget geplant, dies bei einem Selbstfinanzierungsgrad von CHF 7 Mio. Wenn wir das Budget annehmen und umsetzen, führt dies zu einer Reduktion des Vermögens von rund CHF 13 Mio. Wir finden im Budget auf Seite 1 die grössten Abweichungen, welche zu diesem positiven Ergebnis führen. Von den Abweichungen zum Budget 2017 möchte ich die drei grössten erwähnen: Steuereinkünfte von juristischen Personen, die mit einem Plus von CHF 1.1 Mio. zu Buche schlagen; Die Steuereinkünfte von privaten Personen mit CHF 0.7 Mio. und der Minderaufwand bei der Sozialhilfe von CHF 1.6 Mio. Diese Plus bei einigen kleineren Positionen führen dazu, dass wir zu diesem Ergebnis dieses doch recht schönen Ertragsüberschusses von CHF 1.4 Mio. kommen können sollten. Thomas Knupp legte in der FRK die entsprechend wichtigsten Positionen und Kennzahlen dar. Er wies uns darauf hin – das haben Sie in den Unterlagen auch gesehen – dass wir per Ende 2018 ein Eigenkapital von rund CHF 100 Mio. haben werden. Hiervon sind CHF 37 Mio. freies Eigenkapital, das Nettovermögen beläuft sich auf CHF 23 Mio. Im Rahmen des Investitionsbudgets schaute die FRK bei einzelnen Positionen etwas genauer hin. Unter anderem wurde beispielsweise das Projekt im Hörnli diskutiert. Dort geht es darum, dass man eine Brücke sanieren muss, Parkplätze sollen neu gestaltet werden und als dritter Punkt die Verkehrsführung. In diesem Zusammenhang wurde die Frage aufgeworfen, wieso man diese Projekte als Einzelprojekte behandelt. Zählt man die Summen zusammen, machen sie mehr als CHF 1 Mio. aus und man müsste sie einer Volksabstimmung unterstellen. Es wurde darauf hingewiesen, dass die drei Projekte Brücke, Parkplätze und Verkehrsführung einzeln ausgeführt werden können und deshalb die Meinung besteht, dass man sie nicht zwingend als Gesamtprojekt behandeln muss. Man könnte auch einzelne Teile zurückstellen und nur die anderen ausführen. Da sind Stadtrat und Departement der Meinung, dass eine Volksabstimmung nicht erforderlich sei. Der zweite Diskussionspunkt war die Vogelschutzstation im Sägenösch. Diese befindet sich heute in der Heinrichshalle und schlägt mit CHF 850'000.– im Budget zu Buche. Hier geht es um Vögel und Reptilien, die dort neu untergebracht werden sollen. Gleichzeitig wird auch noch eine Toilette für Kleingärtner eingerichtet. Weil man unter dem Aspekt der Ener-

gie und des Sparens das Bestmögliche machen will, wird es natürlich auch entsprechend teuer. Der Gemeinderatspräsident wird mir diesbezüglich recht geben können. Und dies führt zu diesem höheren Betrag, den man sonst ein bisschen günstiger haben könnte. Einmal mehr gab ein WC in der FRK Anlass zu Diskussionen. Wir haben festgestellt, dass am Helvetiaplatz für CHF 250'000.– ein neues WC erstellt werden soll. Wir wurden darauf hingewiesen, dass der Stadtrat nach eingehenden Abklärungen diesen Standort als sehr geeignet betrachtet und dass das alte WC am Zoll aufgehoben wird, welches sich in einem erbärmlichen Zustand befindet. Damit die WCs nicht so schnell in einen erbärmlichen Zustand kommen, muss man sie entsprechend fest und schlagfest ausgestalten, daher sind die Kosten so hoch. Weiteres Thema war das Schiesser-Areal. Dort geht es um Liegenschaften, welche saniert werden müssen und die teilweise im Finanzvermögen stehen. Auch dort wurde die Frage aufgeworfen, warum die Projekte getrennt wurden, weil die einzelnen Gebäude Hafenstrasse 6 und Bodanstrasse 7a letztlich auf dem gleichen Grundstück stehen. Für die Renovation der Dachwohnung an der Hafenstrasse 6 sind CHF 500'000.– im Budget, für die Fassadenrenovation an der Bodanstrasse 7a CHF 750'000.–. Hier wurde darauf hingewiesen, dass es sich um Liegenschaften im Finanzvermögen handelt und die Projekte andererseits auch wieder als Einzelprojekte betrachtet werden können und drittens, dass es dem Landkreditkonto belastet wird. Die Vize-STP hat eingehend nichts zur Tischvorlage gesagt. In der Tischvorlage können sie sehen, dass auf Seite 11 ausgewiesen ist, dass diese Beträge dem Landkreditkonto entnommen werden. Was im Landkreditkonto behandelt wird, dazu hat der Gemeinderat eigentlich nichts zu sagen. Das kann der Stadtrat selber machen. Dafür hat er die Landkreditkontokompetenz. Dann geht es aber vom Betrag des Landkredits ab und läuft nicht in die normale Rechnung hinein. Wir haben auch die Details im Einzelnachweis, Beilage A, angeschaut. Dort tauchten Fragen zu den Kosten der amtlichen Publikationen auf, welche mit CHF 97'000.– zu Buche schlagen. Weiter wurde im Sinn einer Nebenbemerkung etwas zur Feuerwehersatzabgabe vorgebracht. Es wurde darauf hingewiesen, dass die Ersatzabgabe letztlich unsozial ist, weil sie bei CHF 500.– nach kantonaler Regelung gedeckelt ist. Dort war die Meinung, dass der Feuerschutz eine allgemeine Staatsaufgabe ist und dass man jene, die keinen Feuerwehrdienst leisten können, nicht mit Ersatzabgaben belasten sollte. Insbesondere die wenig verdienenden Väter und Mütter, weil sich die Deckelung nur auf die höheren Einkommen auswirkt und die Ersatzabgabe sonst nach den satzbestimmenden Faktoren des Vermögens bestimmt wird und dort bekanntlicherweise mit maximal 20 % der einfachen Staatssteuer festgesetzt wird. Im Feuerschutzreglement Kreuzlingen steht, dieser Satz werde vom Stadtrat im Zusammenhang mit dem Budget festgelegt. Ich nehme an, auch heute Abend, falls hier jemand noch fragen möchte. Ein nächstes Thema war die Bodensee-Arena. Im Rahmen der Darstellung und des allgemeinen Geschäftsgangs, welchen Herr Mölleney usanzgemäss jeweils in der FRK erläutert, wies er darauf hin, dass nach der Auffassung des Verwaltungsrats die Defizitgarantie von CHF 100'000.– 2018 von der Bodensee-Arena nicht mehr benötigt wird, sie ist aber noch im Budget. Der Stadtrat war der Meinung, dass er die Defizitgarantie sicherheitshalber im Budget belassen will. Nach dem Hinweis, dass es sich bei dieser Defizitgarantie um einen Volksentscheid handelt, wurde der Antrag auf Streichung dieser CHF 100'000.– zurückgezogen. Weiter wurde das Projekt der familienfreundlichen Stadt UNICEF zum Diskussionsthema gemacht. Es geht um CHF 25'000.–. Hier wurde ein Streichungsantrag gestellt, weil man den Betrag als zu hoch erachtet hat. Frauenfeld braucht dafür beispielsweise nur CHF 10'000.–. Der Antrag wurde mit 6 Nein bei 1 Ja und 1 Enthaltung abgelehnt. Fragen wurden gestellt zum Veloverleih beziehungsweise zu den Stationen, die für den Veloverleih neu eingerichtet werden sollen. Es geht um die Ve-

los mit dem Kistchen vorne, welche man zum Einkaufen benutzen kann. Im Budget sind CHF 20'000.– vorgesehen. Es soll drei Standorte geben: Hauptbahnhof, Hafentbahnhof und Bärenplatz. Bei Beilage B gab es noch eine Frage zu den Beiträgen im Zusammenhang mit den Bodensee-Gärten. Im Rahmen der Tischvorlage wurde das korrigiert, weil es sich um einen Sonderbeitrag für eine Veranstaltung handelt. Es handelt sich um eine jährlich wiederkehrende Veranstaltung, nämlich die lange Nacht der Gärten, bei welcher wir im Seeburgpark sehr präsent sind und welche um den ganzen Bodensee herum durchgeführt wird. Mit den CHF 20'000.– soll der Anlass, der bei uns im Seeburgpark stattfindet, unterstützt werden. Es ist also nicht die Meinung, dass man denen CHF 20'000.– gibt, damit sie damit irgendetwas machen, sondern es ist für die Sache, die bei uns selber passiert. Im Hinblick darauf, dass es ein gutes Budget ist, dass wir glücklicherweise einen Gewinn machen können, wobei wir auch wissen, dass es im Kanton Thurgau Städte und Gemeinden gibt, welche gegen ihr Defizit kämpfen müssen, wurde der Antrag auf eine Steuersenkung gestellt. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass wir einige grosse Investitionen vorhaben. Es wurde auch darauf hingewiesen, dass wir nächstens über eine dieser grossen Investitionen, nämlich das Familien- und Freizeitbad Egelsee eine Abstimmung haben werden und dass es deshalb nicht ein richtiges Zeichen an die Adresse der Stimmbürger wäre, wenn man jetzt eine Steuersenkung macht, zumal man – wie Vize-STP Raggenbass erwähnte – das später auch für den Schuldenabbau brauchen wird. Der Antrag auf Steuersenkung wurde in der FRK bei 1 Ja und 1 Enthaltung abgelehnt. Bei der Schlussabstimmung empfahl die FRK mit gleichbleibendem Steuerfuss von 66 % zuhanden des Gemeinderats mit 7 Ja bei 1 Enthaltung das Budget zur Gutheissung.

Wenn ich schon stehe, kann ich gleich noch die Fraktionsmeinung der CVP einbringen. Wir sind einstimmig für dieses Budget und danken ihnen, wenn sie es annehmen.

Der Ratspräsident: Um mich nicht dem Vorwurf politischer Einflussnahme auszusetzen, werde ich Kollege Dufner auf seine Frage nicht antworten.

GR Salzmann: Die FDP/EVP-Fraktion hat den Finanzplan und das Budget 2018 eingehend beraten. Sehr positiv ist zu erwähnen, dass wir nicht nur einen Finanzplan mit dem Ausblick auf fünf Jahre bekommen haben, wie es in der Regel üblich ist, sondern dass wir in der FRK eine Projektion für 30 Jahre bekommen haben. Natürlich sind solche Projektionen mit Unsicherheiten behaftet, aber die Annahmen, die dahinterstecken, sind plausibel und eher konservativ, was auch wichtig ist. Finanztechnisch korrekt ist, dass alle geplanten Vorhaben eingerechnet wurden. Und es sind sehr viele Vorhaben. Die Stadt hat sehr viel vor, obwohl wir auch in der Vergangenheit immer ordentlich investiert haben. Den im Finanzplan dargelegten Investitionsstau sehen wir nicht. In den letzten Jahren haben wir in Kreuzlingen einiges investiert. Dreispitz, Boulevard, Kauf des Spiegel-, Schiesser- und Strabag-Areals, Chance Nord, Trösch, Museen, Kinderkrippen mit Tagesstruktur und so weiter. Finanzchef Thomas Knupp konnte uns sehr gut erläutern, dass wir mit dem gegenwärtigen Steuerfuss von 66 % all diese Vorhaben realisieren können, wenn auch ein bisschen knapp. Es steht natürlich in den Sternen, ob all diese Vorhaben am Schluss auch wirklich realisiert werden. Die Darstellung des Finanzplans erfolgte in drei Varianten: mit Steuerfuss 66 %, 64 % und 62 %. Der Finanzchef zeigte klar auf, dass einige Vorhaben mit einem niedrigeren Steuerfuss als die heutigen 66 % nicht zu stemmen sind. Erfreut nehmen wir zur Kenntnis, dass der Stadtrat sich Gedanken über eine allfällige Steuerfussenkung

gemacht hat, die er aber vorerst nicht anstrebt. Nächstes Jahr stehen wichtige Volksabstimmungen bevor, welche den Finanzplan massgeblich beeinflussen können. Daher ist das Vorgehen des Stadtrats richtig. Wir sollten uns je nach Ausgang der Volksabstimmungen in den nächsten zwölf Monaten dem Thema Steuerfuss in einem Jahr hier wieder annehmen. Das Budget der Stadt ist traditionellerweise konservativ und in der Regel fällt das Resultat dann besser aus als budgetiert. Daher ist der Ertragsüberschuss im Umfang von ungefähr drei Steuerprozenten schon ordentlich viel. Der Kommissionspräsident hat es bereits gesagt, zum Beispiel die Defizitgarantie für die Bodensee-Arena ist so ein konservatives Element. Ein bisschen Bauchschmerzen bereitet uns das erneute Anwachsen des Stellenetats bei der Verwaltung um zwei Vollzeitstellen. Die neue Vollzeitstelle bei den Sozialen Diensten ist bei uns unbestritten. Wir haben in der GPK in letzter Zeit Abklärungen getroffen und diese Erhöhung scheint uns nicht nur plausibel, sie kann auch zur Reduktion des Sozialaufwands beitragen, wodurch sich diese Stelle quasi selber finanziert. Anders ist es bei der Stellenerhöhung um eine Vollzeitstelle bei der Bauverwaltung. Wenn man noch nicht genau weiss, in welcher Form man das Stadthaus baut, ob mit oder ohne einem GUV-Vertrag, ist es doch eher kühn, bereits dafür eine Stelle zu beantragen. Über dieses Thema haben wir in der FRK ebenfalls ausführlich diskutiert. Dann fällt uns auf, dass der Stadtrat seinen Spielraum, etwas als ein oder auch zwei Projekte zu betrachten, mit den entsprechenden Finanzkompetenzen sehr zu seinen Gunsten auslegt. Wir sollten keine Angst vor Volksabstimmungen haben, auch wenn sie manchmal nicht so ausfallen, wie wir es selber gern hätten. Ansonsten ist das Budget stimmig. Wir bedanken uns bei Finanzchef Thomas Knupp und beim Stadtrat für dieses Werk. Die FDP/EVP-Fraktion wird dem Budget bei gleichbleibendem Steuerfuss grossmehrheitlich zustimmen.

GR Hummel: Die SVP-Fraktion hat das Budget 2018 und auch den Finanzplan intensiv beraten. Erkenntnisse und Informationen aus der Sitzung der FRK sind dabei eingeflossen. Einmal mehr zu reden gab die erneute Erhöhung des Stellenetats um insgesamt zwei Stellen. Im Budget 2017 waren es 2.7 Stellen, im Budget 2016 waren es 5,35 Stellen. Diese Erhöhungen wurden zwar begründet, aber unserer Meinung nach darf das einfach nicht so weitergehen. Diskutiert wurde ebenfalls, ob es tatsächlich so erstrebenswert ist, jedes Güte-Label für die Stadt zu erwerben, in diesem Fall UNICEF. Begründet wurde dieses Engagement damit, aufzuzeigen, was die Stadt an familienergänzenden Massnahmen zu bieten habe. Wenn dem so ist, wäre es vielleicht sinnvoller gewesen, diese Bestandesaufnahme zu machen, bevor man die Schule mit der Tagesstruktur eingeführt hat. Dann hätten wir vielleicht auch gewusst, was für einen Bedarf wir haben. Labels sind doch nichts anderes als Geldmacherei. Es ist ja dann nicht so, dass eine Zertifizierung einmalige Kosten verursacht. Will man das Label behalten, gibt es in schöner Regelmässigkeit sogenannte Audits. Dabei wird festgestellt, ob man mit den ganzen Unterlagen à jour ist, das geht nur mit Fachbegleitung und natürlich kostet das Geld. Ebenfalls diskutiert wurde der Finanzplan. Dieser sieht bei allen vorgesehenen Investitionen bis 2026 eine Nettoverschuldung von CHF 116 Mio. vor, einen Abbau ab 2027 von jährlich CHF 5 Mio. Wenn nichts dazwischenkommt, würde es 23 Jahre dauern, bis wir diese Schulden wieder zurückgezahlt hätten, das wäre im Jahr 2050. Da wäre es einfach dringend angezeigt, die notwendigen Investitionen von „nice to have“ zu trennen. Muss denn eine Stadt mit 22'000 Einwohnern alles haben? Wir meinen nein. Es gibt Aufgaben, die man regional lösen kann. So eine Verschuldung ist für uns sehr bedenklich. Und Anreiz für neue Zuzüger bieten in erster Linie Schulen, Einkaufsmöglichkeiten, ÖV, das haben wir alles, und der Steuerfuss. Dieser spielt sogar eine grosse Rolle. Es ist nicht rational,

aber vielfach nimmt man lieber höhere Mieten in Kauf, als dass man höhere Steuern bezahlt. Dann komme ich noch zum letzten Thema: Schlussendlich wurde bei uns auch der Steuerfuss diskutiert. Eine Steuersenkung wäre eigentlich in Anbetracht der zu erwartenden Ergebnisse 2017 und dem Budget 2018 bereits jetzt gerechtfertigt. Die Fraktion hat aber beschlossen, dieses Thema in Anbetracht der unmittelbar bevorstehenden Investitionen vorerst um ein Jahr zu verschieben. Während der materiellen Beratung werden wir zwei Änderungsanträge stellen. Einzelne Mitglieder der Fraktion machen ihre Zustimmung zum Budget abhängig davon, ob diese Anträge angenommen werden.

GR R. Herzog: Auch die SP/GEW/JUSO-Fraktion hat sich intensiv mit dem Budget auseinandergesetzt und dabei auch die Erkenntnisse aus der FRK-Sitzung einfließen lassen. Wir danken erst einmal den Verantwortlichen in allen Bereichen für dieses übersichtliche Budget mit umfangreichen Erläuterungen im Kommentar wie auch zu den entsprechenden Budgetposten. Der Ausblick zeigt klar auf, dass die beschlossenen und auch die noch anstehenden und zu beschliessenden Investitionsvorhaben für die Stadt gut verkraftbar sein werden. Positive Entwicklungen der Steuererträge sind ein ganz wesentliches Element des Spielraums für eine Stadt, wenn es darum geht zu investieren. Diese wiederum wirken sich positiv auf die Standortattraktivität aus und unserer Meinung nach deutlich mehr als die Frage, ob es 64 oder 66 Steuerprozent sind. Wenn die Bewohner ein breites Angebot von grosser Lebensqualität, öffentlichem Verkehr, Kultur, Sport und Infrastruktur in einer Stadt antreffen und geniessen können, stützt dies ganz klar die Steuereinkommen auch wieder. Das heisst, die Leute werden eher in der Stadt bleiben oder es kommen neue Leute hinzu, welche Steuern bezahlen. In einer solchen positiven Spirale von Attraktivität, welche wieder Leute anzieht, die bezahlen, lebt es sich gut. Und es ist von elementarer Bedeutung, dass man in dieser positiven Spirale bleibt und sie eben auch pflegt. Wenn man nämlich ein bisschen weiter herumschaut, als nur gerade bis an die Grenzen von Kreuzlingen, zum Beispiel seeaufwärts Richtung Romanshorn und Arbon. Dort sehen wir, was passiert, wenn man das eben nicht macht. Diese beiden Gemeinden zeigen auf, was passiert, wenn man nichts investiert und einfach auf die Sparsbremse tritt. Diese beiden Gemeinden haben heute grösste Mühe, ihre Investitionen finanzieren zu können, sind für Zuwanderung nicht attraktiv, haben ein schlechtes Steuersubstrat, eine tiefe Quote, das heisst, die Leute, die dorthin ziehen oder noch dortbleiben, bezahlen eigentlich zu wenig Steuern. Dies führt jetzt dazu, dass in beiden Gemeinden massiv gespart werden muss. So dass es wirklich allen möglichen Leuten wehtut, was wiederum dazu führt, dass die beiden Städte Romanshorn und Arbon weniger attraktiv werden. Diese sind genau in der gegenteiligen Spirale als wir, nämlich in der Spirale nach unten – in einer negativen Spirale. In dieser Spirale ist es genauso schwierig, wieder herauszukommen. Das heisst, wenn man einmal dort drin ist, ist es nicht mehr lustig. Ich glaube, es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die Stadt Kreuzlingen eben nicht in eine solche Spirale gerät, sondern dass sie eben attraktiv bleibt. Ein paar Bemerkungen auch zu den Sozialen Diensten: Dort lässt sich nämlich genau aufzeigen, was passiert, wenn man eben investiert. Wenn man zum Beispiel auch Stellen schafft, wo man vielleicht im ersten Moment ein bisschen höhere Ausgaben in Kauf nehmen muss, es aber einem dann gelingt, Jahr für Jahr die Kosten wieder besser in den Griff zu bekommen, höhere Rückerstattungen zu generieren, bessere Kontrollen führen zu können und damit letztlich nachhaltig die Kosten eher senken zu können. Die beiden vorhin angesprochenen Gemeinden haben genau das Gegenteil gemacht. Sie haben enorm hohe soziale Kosten gemessen an ihrer Steuerkraft und ihrer Einwohnerzahl und können jetzt nicht in neue Leute investieren, welche vielleicht dafür sorgen, dass

die Kosten vielleicht auch wieder hereingeholt werden können. Das ist genau so ein Beispiel für eine negative Spirale. Trotz der tendenziell eher ungünstigen Situation als Zentrumsgemeinde hat sich die Situation in dieser Hinsicht deutlich verbessert und das spüren auch die städtischen Finanzen positiv. Dabei wollen wir doch bleiben. Fazit also auch hier: Mut zu Investitionen in finanzielle und personelle Bereiche zahlt sich aus, ganz sicher mittel- und langfristig. An dieser Stelle darf explizit der Mut, den der Stadtrat auch in der Vergangenheit hatte, nicht nur zu verwalten, sondern auch ein bisschen zu gestalten und zu versuchen, es kreativ an die Hand zu nehmen, gelobt werden. Unsere Fraktion wird dem Budget geschlossen zustimmen.

GR Häberlin: Die FL/RB-Fraktion hat das Budget ebenfalls genau studiert und intensiv diskutiert. Ich bringe heute eine Kurzfassung des Votums unseres Verantwortlichen aus der FRK, von Urs Wolfender. Ich nehme es gleich vorweg, wir von der FL/RB sind eindeutig für Annahme dieses Budgets. Über folgende drei Punkte wollen wir aber doch noch ein paar Worte verlieren: Erstens über das Budget an sich, zweitens über den Stellenetat und drittens über die Transparenz wegen des amtlichen Publikationsorgans. Zum ersten Punkt: Trotz Mehrinvestitionen von CHF 8 Mio. resultiert im Budget ein Überschuss von CHF 1.3 Mio. Und das ist sogar schon im Budget ersichtlich und nicht erst als Überraschung in der Rechnung. Den Hauptgrund sehen wir in einer realistischeren Einschätzung der Ausgaben im Sozialbereich. Zum zweiten Punkt: Zu reden gegeben hat bei uns auch der Stellenetat. Die Zusatzstelle in den Sozialen Diensten ist bei uns unbestritten. Der vorgesehene Projektleiter für die Bauverwaltung ist auch unbestritten bei uns. Also gut, man hat diskutiert, aber wir sehen ihn in seiner Funktion eher in der Stadtkanzlei und nicht in der Bauverwaltung, so wie die andere Projektleitung. Dort wäre er auch für Projekte einsetzbar, die nicht von der Bauverwaltung durchgeführt werden. Hierzu müsste man noch das Stellenprofil anpassen. Zum dritten Punkt: Transparenz wird beim Stadtrat gross geschrieben. Wie es genau – und ich möchte betonen, genau – im letzten Jahr zu zwei Publikationsorganen gekommen ist, entzieht sich immer noch unserer Kenntnis. Und wie es in diesem Jahr genau weitergeht mit der Verteilung der Gelder, ist nicht wirklich ersichtlich und verständlich oder eben wirklich transparent dargestellt. Wenn man jetzt schon weiss, dass wir 2018 nicht mehr zwei Publikationsorgane haben, verstehen wir nicht, warum der Betrag gleichbleibt. Und erst auf Nachfrage an der Sitzung haben wir erfahren, dass ein Teil davon ins geplante neue Kommunikationskonzept fliesst oder fließen soll. Soviel zum Budget. Wir haben uns auch noch Gedanken gemacht über den Finanzplan, nehmen ihn zur Kenntnis und sind gespannt auf die weitere Entwicklung unserer Stadt. Wir hoffen einfach, dass die Verwaltung das Schuldenmanagement im Griff hat. Aber wenn möglich ohne Steuerfusserhöhung.

Materielle Beratung

Die Botschaft wird seitenweise durchberaten.

S. 5 / Konto 0223.3010.00 Bauverwaltung Besoldungen

GR Hummel: Die SVP-Fraktion stellt den Antrag, die neu geschaffene Stelle „Projekttassistent Bau“ zu streichen. Die Schaffung dieser Stelle zum jetzigen Zeitpunkt wurde mit dem Baubeginn des neuen Stadthauses begründet. Für uns ist das nicht die richtige Reihenfolge. Zuerst soll entschieden werden, ob das Stadthaus mit einem GU-Vertrag oder in eigener Regie gebaut wird. Erst wenn dieser Entscheid gefällt ist, kann man absehen, wie viele eigene Personalressourcen überhaupt benötigt werden.

SR Zülle: Ich möchte sie bitten, diesen Antrag abzulehnen. Wir stellen nicht einfach Leute auf der Halde an. Bei dieser Stelle ist natürlich klar ausgewiesen, warum wir sie brauchen. Es geht darum, dass wir nicht nur das Stadthaus, sondern auch noch andere Projekte realisieren müssen. Vielleicht noch der Grund, warum bei der Bauverwaltung und nicht bei der Kanzlei oder bei den Liegenschaften: Eigentlich könnte man eine solche Stelle überall ansiedeln. Es ist aber so, dass durch den Abgang von Andreas Netzle das Stadthausprojekt mit Festwiese und Tiefgarage in der Höhe von CHF 47 Mio. im Lead bei der Bauverwaltung angesiedelt wurde. Das heisst, wir mussten die Arbeit aufteilen und haben das jetzt einfach so gemacht. Grundsätzlich ist die Bauverwaltung eine Bewilligungsbehörde und nicht ein Bauamt, also ein Amt, das etwas baut. Wir bauen also nicht Liegenschaften, sondern wir bewilligen sie. Wir schauen, dass die Rechtsgrundlagen eingehalten werden. Wir sind also Stadtplaner und nicht eine Baufirma. Wir haben gesagt, wenn wir das schon übernehmen, brauchen wir eine Assistenz für den Bauherrenvertreter. Dass man eine externe Bauherrenvertretung hat, ist ganz normal. Das hatte man übrigens auch beim Dreispitz. Das lohnt sich zweifach. Das eine ist, dass die Zeit eingehalten wird, das andere, dass auch die Preise und die Kosten eingehalten werden können und dass am Schluss auch die Qualität stimmt. Dafür braucht es gute Fachleute. Dann braucht es natürlich jemanden, der assistiert, sei es bei der Baukommission, sei es, alle Unterlagen sauber abzulegen, Protokolle zu schreiben und der eben auch ein bisschen bauaffin ist und solche Bauten begleiten kann. Diese Bauten sind namentlich das Stadthaus. Dann hoffe ich natürlich, dass die Erweiterung des Freizeit- und Familienbads Egelsee vom Volk angenommen wird. Sodann geht es um das Parkhaus Hafen, allenfalls Seestrasse, je nachdem, ob wir das selber bauen oder bauen lassen. Dann geht es auch noch um die Technischen Betriebe, zum Beispiel das Spiegel-Areal, welches gemacht werden muss. Ein weiteres Projekt ist zum Beispiel das Schiesser-Areal. Es kommt also einiges auf die Stadt Kreuzlingen zu und darum auch die grossen Investitionen. Wir haben Projekte für an die CHF 100 Mio. Dafür braucht es einfach gutes Personal, welches das machen kann. Die Bauverwaltung hat jetzt eine ganz grosse Aufgabe mit der Ortsplanungsrevision und kann für diese Arbeiten nun nicht einfach Leute nehmen, das geht nicht. Darum haben wir gesagt, wir brauchen diese Assistenz. Man kann nun sagen, wir könnten warten, ob wir einen GU oder TU oder eine Einzelvergabe machen. Da ich auch etwas vom Bauen verstehe, kann ich euch sagen, das spielt keine Rolle. Die Assistenz braucht es so oder so. Auch ein GU gibt Arbeit, da kann man nicht einfach das Ruder abgeben und sagen: Schwimmt doch jetzt einmal vorwärts und am Schluss schauen wir. Das muss begleitet werden, und zwar sehr eng. Sonst werden wir das blaue Wunder erleben, sei es mit den Kosten oder mit der Zeit, die dann nicht eingehalten wird oder allenfalls sogar mit der Qualität. Wenn wir das wollen, was wir anstreben, nämlich Bauten machen, wo wir dahinterstehen können, kein blaues Wunder erleben, brauchen wir das nötige Personal dafür. Darum bitte ich sie, diese Stelle zu akzeptieren. Wo sie angesiedelt ist, da hat – wie gesagt – die Bauverwaltung einen Vorteil, weil die Bauverwaltung das grösste Teilprojekt in Angriff nimmt.

Abstimmung: Der Antrag der SVP-Fraktion wird mit **16 Ja-Stimmen** gegen 15 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen **angenommen**.

S. 14 / Konto 1500.3010.00 Feuerwehr Besoldungen

GR Forster: Wer sagt mir, wer diese CHF 26'000.– bekommt?

SR Beringer: Die Besoldung ist das, was die Feuerwehrleute bekommen, wenn sie Einsätze leisten und wenn sie Übungen haben. Das ist eine ganz normale Besoldung, die wir jedes Jahr haben.

GR Forster: Aber Übungen und Einsätze sind ja unten separat aufgeführt.

SR Beringer: Der Mehraufwand von CHF 26'000.– ist eine interne Verrechnung unseres neuen Zivilschutzkommandanten, der für die Feuerwehr noch 10 % Leistungen erbringt.

Der Ratspräsident verweist für Seite 21 auf die Tischvorlage.

S. 34 / Konto 5450.3636.00 Beiträge

GR I. Herzog: Wir haben von GR Hummel bereits bei den Fraktionsmeinungen gehört, dass wir diesen Budgetposten höchst fragwürdig finden. Die UNICEF setzt sich weltweit für Unterstützung und Einhaltung der Kinderrechte ein. Da aber Kreuzlingen weder ein Krisen- noch ein Katastrophenland ist, denken wir, dass es auch nicht nötig ist, bei uns eine solche Bestandesaufnahme durchzuführen, wie familienfreundlich Kreuzlingen ist. Auch wenn Frauenfeld und Arbon das gemacht haben. Und auch wenn sie mit dieser Projektgruppe gute Erfahrungen gemacht haben. Es gibt viele Projektgruppen in der Schweiz, welche gute Arbeit leisten, die aber auch sehr viel Geld kosten. Das heisst nicht, dass Kreuzlingen ziellos immer alles mitmachen muss, um irgendwelche Labels zu sammeln. Ausser es werde das Ziel verfolgt, dass Kreuzlingen die Stadt der meisten Projektgruppen werden möchte und dafür einen Orden bekommt. Das können wir nicht unterstützen und stellen daher den Antrag um Streichung dieser Position.

Vize-STP Raggenbass: Es wäre komisch, wenn wir solche Labels sammeln würden, da gebe ich GR Herzog absolut recht. Es ist nicht in unserem Sinn, ein Label zu bekommen, sondern wir haben die Chance, dass wir mit einer guten und vor allem erfahrenen Projektleitung unseren sehr guten Bestand an verschiedensten Angeboten in der Stadt analysieren und prüfen wollen, damit wir das, was fehlt oder was vielleicht nicht so gut ist, ergänzen können. Wir zählen eben auch auf die Erfahrung anderer Städte, die vergleichbar sind wie Frauenfeld oder Arbon, die auch nicht einfach irgendetwas ausgewählt haben, sondern jemanden mit Erfahrung genommen haben. Die Resultate haben gezeigt, dass wir im Krippenbereich und bei den familienergänzenden Massnahmen im Allgemeinen, dem Hortbereich, den wir schon erweitern konnten, ein sehr gutes Angebot schaffen konnten. Darum wollen wir die vielen einzelnen Projekte, die wir bereits haben und erfolgreich umgesetzt haben, analysieren, um herauszufinden, was eben noch verbessert werden kann. Dies mit so einem erfahrenen Team wie dem der UNICEF. Daher bitte ich sie um Ablehnung des Antrages, da wir die Möglichkeit haben, mit einer solch erfahrenen Crew zusammenarbeiten zu können. Es geht in Kreuzlingen nicht um ein Label, sondern dass wir eine gute, familienfreundliche Stadt bleiben und vielleicht sogar noch besser werden können.

Abstimmung: Der Antrag der SVP-Fraktion wird mit 16 Ja-Stimmen gegen **17 Nein-Stimmen** bei 3 Enthaltungen **abgelehnt**.

S. 44 / Konto 6310.3634.00 Beitrag Bodenseeschiffahrtsbetrieb

GR Forster: Untersee und Rhein sind doch am Serbeln. Bekommen die nichts?

SR Beringer: Die Untersee-Rheinschiffahrt wird unterstützt. Bei der SBS gibt es noch keinen Stadtratsbeschluss. Dieser Betrag ist im Budget drin. Der Kanton hat die Beiträge für die SBS gestrichen. Wir haben im Stadtrat noch nicht diskutiert, ob wir etwas daran bezahlen wollen. Es ist jeder Gemeinde freigestellt, ob sie den bisherigen Betrag als touristische Attraktion weiterhin sprechen will. Es wird aber in einer der nächsten Sitzungen einen Stadtratsbeschluss geben. Als die Gemeinden mit der Bodensee-Schiffahrt die Besprechung hatten, wurde vereinbart, dass die Bodensee-Schiffahrt bei jeder Gemeinde einen Antrag über den Betrag stellen muss. Wenn der Antrag bei uns eintrifft, werden wir darüber befinden, ob wir das auszahlen oder nicht. Dieser Antrag ist bis heute nicht eingetroffen.

S. 54 / Konto 8400.3130.01 Einwohner-Anlässe

GR Zülle: Nach diesen vielen Streichungen komme jetzt ich. Vor kurzem wurde ich von Vize-STP Dorena Raggenbass und der Assistentin Carmen Ramos eingeladen, mit ihnen den Empfang der Jungbürgerinnen und Jungbürger zu organisieren. Ein grosses Thema war, wie man die jungen Leute überhaupt dazu bringt, an diesem Anlass teilzunehmen und sie an diese Veranstaltung zu bringen. Das andere ist, den Anlass attraktiv zu gestalten. Der erste Schritt, dass sie überhaupt kommen, ist wichtig. Man will sie als Volljährige dazu bewegen, sich für die Stadt und die hiesige Politik zu interessieren. Da werde ich meinen Part natürlich dazu beitragen und meine Motivation als junge Politikerin an diesem Abend erklären. Jetzt aber zu meiner Idee, die jungen Leute zu dieser Veranstaltung zu bewegen: Die Stadt könnte ihnen einen Gutschein für ein Jahresabonnement für den Stadtbus in Kreuzlingen abgeben und das in der Einladung vermerken. So ein Abo kostet einmalige CHF 300.–. Die jungen Erwachsenen lernen dann, dass mit 18 Jahren nicht nur das Autofahren und ein Auto zu haben das Wichtigste ist. Sondern es kann durchaus auch interessant sein, den öffentlichen Verkehr in Kreuzlingen zu nutzen. In Städten mit mehr Verkehr als Kreuzlingen, beispielsweise Zürich, Bern, Basel, ist das Umdenken bereits da. Viele junge Leute fahren ÖV, anstatt ein eigenes Auto zu haben. Man lernt, mit dem ÖV umzugehen und findet ihn attraktiv. Das Ziel ist es, den jungen Leuten, die legitimiert wären, ein Auto zu steuern, eine Alternative zu bieten. Wir sollten die Jugend in den ÖV lenken und sie daran gewöhnen. Denn nur so helfen wir, den motorisierten Individualverkehr zu reduzieren, ohne es mit Verboten zu machen. Ich beantrage euch, auf Seite 54 im Budget – Einzelnachweis Konto 8400.3130.01 Einwohneranlässe – den Betrag um CHF 10'000.– zu erhöhen. Für dieses Jahr geht es wegen der Kosten für die Jungbürgerfeier nicht mehr. Die Feier ist jetzt mit rund CHF 4'000.– berücksichtigt. Mit der Erhöhung könnte man aber im nächsten Jahr den Teilnehmenden der Jungbürgerfeier einen persönlichen Bon abgeben, der sie zum Bezug eines Abos berechtigt. Wir gehen davon aus, dass 30 bis 40 Jungbürgerinnen und Jungbürger von diesem Bon Gebrauch machen würden. Daher würde ich die Aufstockung in der Höhe von CHF 10'000.– beantragen. Ich bitte euch, diesem Antrag zuzustimmen.

GR Forster: Das ist sicher eine gute Idee. Ich stimme dafür, aber im Schnitt waren es

bis jetzt 30 Teilnehmer. Einladen wird man wahrscheinlich mehr. Wenn man 50 Jungbürger einlädt, sind wir schon bei CHF 15'000.–. Ich denke, wenn sie für CHF 300.– etwas bekommen, kommen sie.

GR Brändli: Sympathie habe ich auch dafür, aber man müsste es zeitlich befristen, zum Beispiel auf zwei Jahre. Ich bitte dich, deinen Antrag befristet auf das nächste und übernächste Jahr abzuändern. Denn wenn wir es so machen, wie du es willst, läuft der Betrag. Dann braucht es wieder einen Antrag, es wieder hinauszukippen.

GR Zülle: Ich werde den Antrag mit der Befristung auf zwei Jahre abändern. Aber in zwei Jahren kommt dann wahrscheinlich mein neuer Antrag, dann geht es um CHF 15'000.–.

GR R. Herzog: Einfach ein bisschen eine formalistische Sicht: Wir sprechen nun vom Budget 2018 und ich frage mich, ob wir im Budget 2018 eine Befristung definieren können. Das kann man meiner Meinung nach eigentlich gar nicht. Wir entscheiden jetzt, ob diese CHF 10'000.– zusätzlich ins Budget 2018 sollen und wir entscheiden nächstes Jahr wieder über diese Position. Dann hat der Stadtrat diese Position vielleicht von sich aus drin oder hat sie nicht mehr drin. Aber wir können meiner Meinung nach jetzt nicht schon fürs Budget 2019 und 2020 vorentscheiden.

Vize-STP Raggenbass: Bei den Einwohneranlässen wundert man sich vielleicht, warum wir in diesem Jahr CHF 17'000.– und im nächsten Jahr CHF 28'000.– drin haben. Alternierend, das heisst alle zwei Jahre, also auch 2018 ist eben auch der Seniorenanlass. Alle Leute, die pensioniert werden, sammelt man alle zwei Jahre. Darum ist für das nächste Jahr eine höhere Position drin. 2019 werden rund CHF 7'000.– weniger budgetiert wegen dieses Seniorenanlasses. Dann ist der Neuzuzügeranlass, der jedes Jahr stattfindet. Dann ist die Jungbürgerfeier, die jetzt mit CHF 4'000.– drin ist. Darin enthalten sind Einladung, Musik, Essen und so weiter. Ich begrüsse natürlich diese sehr gute Idee. Hinter dieser Idee steckt, dass eben mehr kämen, dass es attraktiv ist zu kommen nebst dem, dass man ihnen zeigt, dass man nicht nur mit dem Auto, sondern auch mit dem ÖV fahren kann. Folgender Vorschlag: Wir könnten auch ein kleines Konzept ohne Arbeitsgruppe machen – das kann man selber – und würden im nächsten Jahr einen Pilot machen und schauen, wie viele wir einladen, wie gross die Reaktion ist, ob mehr kommen und warum sie kommen. Dann wäre das Ziel erreicht. Im nächsten Jahr könnten wir es so zusammenfassen, dass wir auf 2019 reagieren können, respektive neu beantragen können, wenn wir sehen, wie es bei den Jungen angekommen ist. Dann können wir auch wieder neu entscheiden, ob wir es wieder machen wollen.

Der Ratspräsident: Nach Rücksprache mit dem Stadtschreiber ist es tatsächlich so, dass wir nicht über das Budget 2018 hinaus befinden können. Somit funktioniert das mit der Befristung nicht, zumindest nicht in dieser Art.

GR Zülle: Dann würde ich an meinem ursprünglichen Antrag festhalten, diese Position um CHF 10'000.– zu erhöhen. Ich würde aber begrüssen, dass im Protokoll steht, dass der Stadtrat für zwei Jahre über diesen Betrag verfügen kann und 2019 geschaut wird, ob überhaupt sinnvoll ist, was wir hier beschlossen haben.

GR Ricklin: Wenn ich das richtig verstanden habe, soll man diesen Betrag erhöhen, damit man mehr junge Bürger an dieser Feier dabei hat und sie werden mit diesem

Abo quasi belohnt. Wenn es einem mit dem ÖV wirklich ernst ist, finde ich, müsste man das Ganze sowieso anders überdenken. Dann müsste man eigentlich korrekterweise allen, die 18 werden, ein solches Abo schenken. Nur damit diese Leute an ein Fest kommen, an einen Abendanlass, finde ich nicht so lässig, vor allem für diese Personen, die vielleicht gar nicht kommen können. Vielleicht können sie nicht persönlich erscheinen, weil sie krank sind oder einen anderen Anlass haben. Ich finde das nicht ganz fair. Daher möchte ich beliebt machen, es so zu belassen, wie es ist und ernsthaft darüber nachzudenken, wie man es in Zukunft machen will, wenn man in Kreuzlingen den ÖV fördern und ihn den Jugendlichen schmackhaft machen will und ermöglichen, dass es allen zugänglich wird. Damit es wohlüberlegt ist und nicht einfach nur ein paar wenige belohnt werden und es nur um dieses Fest geht.

Abstimmung: Der Antrag von GR Zülle wird mit 17 Ja-Stimmen gegen **18 Nein-Stimmen** bei 1 Enthaltung **abgelehnt**.

GR Hebeisen: Dieser Antrag wurde wahrscheinlich abgelehnt mit dem guten Vorschlag von GR Ricklin, das muss ich ganz klar sagen. Ein Teil hat sicher auch gedacht, dass dies eigentlich die bessere Idee ist. Ich möchte beim Stadtrat beliebt machen, die tolle Idee von Judith Ricklin möglichst schnell aufzunehmen und uns einen entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten.

Beilage B, Beiträge Budget 2018

Der Ratspräsident verweist auf die Tischvorlage zu Seite 4.

S. 6 / Vereinsbeiträge Sport

GR Forster: Ich zähle die Pfadfinder eigentlich nicht zum Sport, aber ist egal. In der Kirchgemeinde haben sie die gleiche Aufteilung, dort bin ich durchgekommen. „Sturmvogel“ und „Seemöwe“ sollten bei mir gleich viel bekommen. Mein Antrag lautet: CHF 500.– mehr für die Pfadfinderinnen „Seemöwen“.

Abstimmung: Der Antrag von GR Forster wird mit **26 Ja-Stimmen** gegen 8 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen **angenommen**.

GR Forster: Also seht ihr, das sind die Erfolge von Rägäbogä. Vielen Dank.

Rückkommen

Der Ratspräsident: Ich möchte sie darauf aufmerksam machen, dass ihnen der Finanzplan der Stadt Kreuzlingen 2018-2021 zur Information vorliegt. Inzwischen möchte ich GR Kuntzemüller begrüßen. Somit sind jetzt 37 Gemeinderäte anwesend, das absolute Mehr beträgt noch immer 19.

Abstimmung: Das Budget 2018 der Stadt Kreuzlingen **wird** mit **36 Ja-Stimmen** gegen 1 Nein-Stimme bei 0 Enthaltungen **genehmigt**.

GR Brändli: Kurz zu meiner Nein-Stimme: Ich habe noch eine relativ budgetrelevante Beschwerde bei der Stadt laufen. Aber es liegt mir nicht daran, daraus politisch etwas zu ziehen, deshalb habe ich einfach nein gestimmt.

-
3. Genehmigung
 - a. Baurechtsvertrag mit der Tennishalle am See AG, 8280 Kreuzlingen, zur Erstellung und zum Betrieb einer Halle für den Tennis- und Badminton-sport auf der Parzelle Nr. 5064 (D20240) im Gebiet Seezelg
 - b. Änderung Baurechtsvertrag mit der Tennishalle am See AG für die bestehende Anlage an der Seestrasse 11a (Nutzungsänderung und Verlängerung)

GR Hummel tritt in Ausstand.

Eintreten ist unbestritten.

Vize-STP Raggenbass: Ich möchte nur eine ganz einfache Korrektur anbringen. Es geht um Beilage 6, das ist der Baurechtsvertrag selber. Auf Seite 6 im zweituntersten Abschnitt ist uns ein Lapsus passiert. Die Schätzung ist nicht CHF 535'000.–, sondern CHF 285'000.–. In der Botschaft ist es richtig, nur hier im Baurechtsvertrag ist diese Zahl falsch.

GR Hebeisen: Unsere Kommission hat dieses Geschäft am 13. September behandelt. Dabei waren Dorena Raggenbass, Thomas Niederberger, RA Jürg Vetterli für die Stadt, Bernhard Hochstrasser von der Tennishalle am See AG und Matthias Möllene-y von der Bodensee-Arena. Die Botschaft zeigt auf, dass die Vorlage mit den weiteren Vorhaben der Bodensee-Arena zusammenhängt. Diese will rund 50 % der Fläche im Eigengebrauch, Foyer fürs Fernsehen und Aufenthaltsraum sowie Mensa für die zu verpflegenden SBW-Sportschüler benutzen und eine weitere Teilfläche soll an die SBW als Aufenthaltsraum untervermietet werden. Die Details befinden sich in Beilage zehn zur Botschaft. Also geht es einerseits um den Baurechtsvertrag mit der Tennishalle am See AG für eine neue Halle und andererseits um eine Änderung des bestehenden Baurechtsvertrags mit der Tennishalle am See AG für die bestehende Anlage an der Seestrasse 11a, wobei eine Änderung der Nutzung vorgesehen ist. Bisher Tennis, neu die Bereiche Sport und Bewegung, Veranstaltungen und Events und Gastronomie und Verlängerung der Baurechtsdauer 2024 bis 2030. Festgestellt haben wir an der Sitzung was bereits gesagt wurde, daher wiederhole ich es nicht mehr. Bernhard Hochstrasser hat darauf hingewiesen, dass man auch wegen der Sportschüler zu wenig eigene Plätze hat. Man hat Kapazitätsprobleme und muss diese momentan mit zwei Bussen nach Konstanz verfrachten, dort hat man 110 Fixplätze reserviert. Dies als Ergänzung, warum die Tennishalle AG eine grössere Halle bauen will. Matthias Möllene-y hat betreffend Nutzungskonzept in Beilage 10 gesagt, das Ganze sei unter Anrechnung der Erträge vom Eislauf erfolgsneutral. Ein wichtiger Diskussionspunkt war, dass zwischen der Tennishalle am See AG und der Bodensee-Arena AG betreffend der Vermietung die Vertragseckpunkte bereits besprochen sind, aber noch kein verbindlicher Vertrag abgeschlossen wurde. Allerdings haben sowohl Matthias Möllene-y als auch Bernhard Hochstrasser zum Ausdruck gebracht, dass Konsens in den Vertragspunkten besteht und man sehr gewillt ist, es so umzusetzen, so in etwa, dass eben ein Handschlag gelte. Man hat dann doch ein bisschen darüber diskutiert, ob man wirklich davon ausgehen kann trotz allem Vertrauen in diese Zusage. Zusätzlich wurde von den Stadtvertretern noch darauf hingewiesen, dass die Einräumung der Nutzungs- und Gebrauchsrechte für die alte Halle gemäss der Änderung des bisherigen Baurechtsvertrags dem Stadtrat zur Genehmigung vorgelegt werden muss (Beilage 11, S. 2, Abs. 1). Insofern fand die Kommission, man könne es so ma-

chen. Es wurde die Frage aufgeworfen, ob die Stadt diese Tennishalle am See nicht selber übernehmen möchte. Vize-STP Dorena Raggenbass erklärte dazu, dies sei durch den Stadtrat als nicht opportun betrachtet worden, vor allem wegen des nicht unerheblichen Risikos, welches man auf einige Jahre hinaus übernehmen würde. Ausserdem seien die Vorstellungen über den Kaufwert ziemlich weit auseinandergegangen. Weiter wurde die Frage aufgeworfen, ob man nicht eine Erhöhung des Baurechtszinses ins Auge hätte fassen können, weil die Tennisnutzung weniger ertragreich ist als eine freie Nutzung für Events. Von Vize-STP Dorena Raggenbass wurde das gleiche Argument vorgebracht, dass auch hier ein nicht unerhebliches Risiko besteht und sich die Stadt gegenüber der Tennishalle AG erkenntlich zeigen wollte. Dass man respektiert, dass sich die Tennishalle am See AG in ein Risiko begibt und dass daher der nach heutigen Nutzungsmöglichkeiten tiefe Baurechtszins bestehen bleiben soll. Weiter wurde die originelle Frage gestellt, wer die Abbruchkosten übernimmt, wenn die Halle nur noch eine Ruine sei. Dies erzeugte einigen Widerspruch bei den Verantwortlichen. Andererseits war die Replik des Rechtsvertreters der Stadt, dass im Baurechtsvertrag eine Erhaltungs- und Unterhaltungspflicht drin sei, was die Wogen bei uns auch wieder glättete. Weiter ging es um den Abstimmungsmodus, dass man getrennt abstimmt, jedoch die Kombination *a.* abzulehnen und *b.* zuzustimmen nicht möglich ist. Das leuchtet ein, weil bei einer Ablehnung der neuen Tennishalle, das ist Teil *a.*, die alte Halle nicht frei wird und Teil *b.* somit sinnlos werden würde. Aber allenfalls kommt es hier gar nicht darauf an. Vize-STP Dorena Raggenbass sagte, alle bedeutenden Punkte seien mit dem Stadtrat abgesprochen und die notwendige Kompromissfindung, die Machbarkeitsstudie, werde durch einen Fachplaner begleitet. Aber auch das sei etwas, was wir schon wüssten. Zu guter Letzt, und das ist vielleicht nicht ganz unwesentlich, wurde von den Exekutivvertretern die Überzeugung geäußert, dass eine Ablehnung dieser Vorlagen – die beide zusammenhängen und die beiden zusammenhängenden Verträge wieder mit dem ganzen Konzept Bodensee-Arena zusammenhängen – eine sehr ungünstige Verzögerung verursachen würde. Hier ist eine starke und schwierige Sache zu stemmen, das wisst ihr alle, darüber muss ich mich nicht im Detail verlieren, und dass die Verzögerung ausserordentlich ungünstig wäre, welche durch eine Ablehnung oder Zurückweisung erzeugt würde. Die Kommission stimmte Teil *a.* einstimmig zu und Teil *b.* mit 3 Ja-Stimmen gegen 1-Nein-Stimme, 1 Mitglied war im Ausstand.

GR Rink: Die vorliegende Botschaft wurde in der FL/RB-Fraktion unterschiedlich lange diskutiert. Teil *a.* war bei uns eigentlich unbestritten. Wenn wir noch Fragen hatten, wurden uns diese von Vize-STP Dorena Raggenbass erklärt, was uns alles überzeugte. Wir können dem Baurechtsvertrag mit der Tennishalle am See AG einstimmig zustimmen. Es ist sicher auch ein Zeichen des Danks und der Wertschätzung an die Verantwortlichen für die langjährige und erfolgreiche Aufbauarbeit, welche für den Tennissport in Kreuzlingen geleistet wurde. Teil *b.* gab in unserer Fraktion länger zu reden und es wurde ziemlich heftig hin und her diskutiert. Für uns beinhaltet diese Änderung viele Ungewissheiten, vor allem auch betreffend den Verhandlungen mit dem Schweizer Fernsehen, die nun aufgeschoben wurden. Sicherheit in einem gewissen Mass gibt uns aber das Mitspracherecht der Stadt, welches in Beilage 11 geregelt ist. Unter dem Vorbehalt, dass der Stadtrat von diesem Recht auch wirklich Gebrauch macht und gut hinschaut, können wir auch Punkt *b.* der Botschaft zustimmen, weil ja dem Ganzen zugestimmt werden muss und nicht nur einem Teil. Wir erwarten, dass aber bald ein Gesamtkonzept für die Gesamtnutzung vorliegt, die transparent und auch für uns Nicht-Insider verständlich ist, wie das in Zukunft aussehen soll.

GR Zülle: Die CVP-Fraktion hat die Botschaft zum Baurechtsvertrag mit der Tennishalle am See AG zur Erstellung und zum Betrieb einer Halle für Tennis- und Badminton sport auf der Parzelle Nr. 5064 im Gebiet Seezelg sowie der Änderung zum Baurechtsvertrag mit der Tennishalle am See AG für die bestehende Anlage an der See strasse 11a eingehend geprüft und diskutiert. Dem Anliegen der Aktionäre der Tennishalle am See AG und der Förderung des Tennissports und insbesondere der Jugendförderung bringt unsere Fraktion viel Sympathie entgegen. Wir werden dem Baurechtsvertrag mit der Tennishalle am See AG für den Tennis- und Badminton sport auf der Parzelle 5064 im Gebiet Seezelg daher einstimmig zustimmen. Hingegen hat es bei der Botschaft lit. *b.* für uns offene Fragen, welche zuerst geklärt werden sollten, bevor sich die Stadt diesbezüglich auf Jahre hinaus bis 2030 selber einschränkt und bindet. Erstens: So meint unsere Fraktion, dass die Ergebnisse der soeben mit einem erfahrenen Fachplanungsbüro in Auftrag gegebenen Analyse für die Betriebsstruktur der Bodensee-Arena in ein Betriebs- und Nutzungskonzept für diese Multifunktionshalle münden soll, abgewartet werden sollen. Wenn wir jetzt die Nutzung der angrenzenden Tennishalle fixen, verbauen wir uns eventuell gute Synergienutzungsmöglichkeiten, welche die Experten vorschlagen. Zweitens: Das Fernsehen will nun plötzlich doch nicht mehr so schnell vorwärts machen, wie bisher immer gesagt wurde, sondern erst die Billag-Abstimmung abwarten. Drittens: Schliesslich ist zu beachten, dass die Stadt letztlich alle im Nutzungskonzept aufgezeigten zusätzlichen Investitionen von rund CHF 600.000.–, damit das Nutzungskonzept umgesetzt werden kann, über die Investitionsrechnung an die Bodensee-Arena zu bezahlen hätte. Bei so einer Gröszenordnung wünscht sich unsere Fraktion, dass dies genauer angeschaut wird und ob es nicht vielleicht Sinn macht, den Baurechtsvertrag vorzeitig aufzuheben und die Halle zurückzunehmen. Gerade in diesem Zusammenhang haben wir auch ein bisschen ein komisches Gefühl, dass die Tennishalle am See AG rund CHF 900'000.– will, obwohl bereits in sieben Jahren die Halle gratis an die Stadt zurückgehen würde. Es kann unseres Erachtens also nur noch um die Amortisationsbeträge aus der Sanierung der Halle im Zeitraum von 2004 gehen. Der Baurechtsvertrag wurde zu diesen Amortisationszwecken bereits einmal verlängert. Die Stadt beteiligte sich dort auch mit CHF 80'000.–. Der noch offene Amortisationsbetrag müsste doch der Abgeltungsbetrag sein. Dieser kann sich aber wohl nicht auf die zur Diskussion gestellten CHF 900'000.– belaufen. Es gibt also schon noch Fragen, zu welchen unsere Fraktion etwas mehr wissen möchte, bevor sie zu diesem Geschäft ja sagen kann. Deshalb wird die CVP-Fraktion zu gegebener Zeit einen Rückweisungsantrag zu lit. *b.* stellen.

GR Rindlisbacher: Auch die SVP-Fraktion hat die Botschaft intensiv beraten. Ich kann mich kurzfassen, der Kommissionspräsident hat das meiste schon gesagt und ich möchte es nicht wiederholen. Teil *a.* der Botschaft hat überhaupt keine Diskussionen verursacht und wurde von der Fraktion einstimmig angenommen. Beim zweiten Teil diskutierten wir über terminliche Gründe – wie jetzt – da der Rückweisungsantrag gekommen ist. Wir sind aber der Meinung, dass die Tennishalle über die Geldmittel sinnvoll verfügen kann für den Bau der neuen Tennishalle von Teil *b.* des Geschäfts. Deshalb sind wir einstimmig für die Annahme von Teil *b.*

GR Huber: Wie bereits meine Vorredner und der Kommissionspräsident Andreas Hebeisen einleitend gesagt haben, haben wir in der AuA den neuen Baurechtsvertrag an der Sitzung vom 13. September eingehend beraten. Bernhard Hochstrasser hat einleitend im Namen der Tennishalle am See AG die Beweggründe für den Neubau am Seezelg aufgezeigt. Unter anderem erklärte er uns dabei auch, dass der Ten-

nisclub im Winterhalbjahr 110 Tennisplatzstunden in Konstanz mietet. Der benötigte Bedarf sollte mit dieser neuen Tennishalle im Seezelg wieder nach Kreuzlingen zurückkommen. Wie bereits gesagt, sollen im Seezelg vier Tennisplätze und zwei Badmintonplätze entstehen. Das zukünftige Grundstück soll 4'700 m² haben und ist hinter dem Schwimmbad Hörnli angesiedelt, wo heute eigentlich die Hündeler sind. Der Platz wurde anhand des Gestaltungsplans Seezelg so ausgewählt und gemäss Auskunft von Vize-STP Raggenbass in der AuA haben die Hündeler bereits einen neuen Platz gefunden. Bei der Durchsicht der neuen Baurechtsverträge mit dem neu ausgearbeiteten Mustervertrag ergaben sich wenige Fragen. Dementsprechend war er auch sehr transparent. Einzig bei den Risiken, welche der Baurechtsnehmer auf sich nimmt, wie zum Beispiel, dass sich darunter ein belasteter Deponiestandort befindet sowie den erhöhten Minergiestandards der Tennishalle ergaben sich einige Nachfragen. Bernhard Hochstrasser bestätigte den Kommissionsmitgliedern, dass ihm diese Risiken und die allfälligen Mehrkosten bekannt sind und in den Baukosten berücksichtigt wurden. Dementsprechend sind Regressforderungen an die Stadt nicht zu erwarten. Wir wurden bereits vor den Sommerferien von Abteilungsleiter Ruedi Wolfender über dieses Geschäft vororientiert, da der Fahrplan sehr sportlich ausgelegt ist und noch viele Hürden zu überspringen sind. So muss als erstes der bestehende Gestaltungsplan überarbeitet, neu aufgelegt und vom Kanton dann auch bewilligt werden. Deshalb wurde im Baurechtsvertrag auch eine Rücktrittsklausel eingeführt, damit bei grösseren Terminverzögerungen bis Ende 2020 sogar beide Parteien von diesem Vertrag zurücktreten können. So wie in der AuA ergaben sich bei uns in der Fraktion auch keine grösseren Bedenken und wir haben dem neuen Baurechtsvertrag mit der Tennishalle im Seezelg einstimmig zugestimmt. Die Nutzungsänderung des bestehenden Baurechtsvertrags an der Seestrasse warf grössere Diskussionen auf, da aus einer öffentlichen Sportanlage eine kommerzielle Mischnutzung entstehen soll, die einerseits für den Betrieb einer privaten Sportschule genutzt werden und andererseits noch eine private Kita entstehen soll. Zusätzlich soll noch eine weitere nicht öffentliche Nutzung für das Schweizer Fernsehen dort Platz finden. Diese Umnutzung ist in einem rudimentären Konzeptscherenschnitt im Anhang von Beilage 10 skizziert. Die gesamte Umnutzung soll durch die Bodensee-Arena finanziert und auch betrieben werden. Baurechtsnehmerin bleibt weiterhin die Tennishalle am See AG und die Umnutzung bringt ihr finanzielle Mehreinnahmen, welche sie zur Refinanzierung für den Neubau im Seezelg benutzen will. Auch in der AuA wurde lange darüber diskutiert, ob die Umnutzung und die Mehrerträge einen höheren Baurechtszins nach sich ziehen sollen. Auch wurde diskutiert, ob es nicht sinnvoll wäre, dass die Stadt das Grundstück gemäss der vorzeitigen Heimfallklausel zurücknehmen und diese Umnutzung selber planen soll. Auch der Zeitpunkt dieser Änderung des Baurechtsvertrags gab zu reden. Einige möchten das Geschäft daher zurückweisen. In der AuA enthielten sich vier Gemeinderäte der Stimme und wollten das erst in der Fraktion diskutieren. Wir haben es jetzt schon von anderen Fraktionen gehört. Wir haben in unserer Fraktion das Thema ebenfalls eingehend erörtert und erwähnte Punkte nochmals dargelegt. Bis dato sind für die Umnutzung zwischen der Tennishalle AG, der Bodensee-Arena und der SBW keine Verträge, keine Vereinbarungen, keine Absichtserklärungen und keine Vorverträge abgeschlossen. Gemäss der angedachten Konzepte soll die Bodensee-Arena, der Betreiber, nicht der Vermieter für den gesamten Umbau verantwortlich sein. Auch das gesamte finanzielle Risiko trägt in diesem Fall die Bodensee-Arena AG. Falls der Vertrag mit dem Schweizer Fernsehen nicht zustande kommt oder das Schweizer Fernsehen frühzeitig aussteigt oder die SBW auf einmal andere Pläne verfolgt, was nicht ausgeschlossen werden kann, bleibt der finanzielle Schaden bei der Bodensee-Arena hängen, also einer 100-prozentigen AG, welche der Stadt

gehört. Daher auch die berechtigte Frage: Wieso soll diese Umnutzung nicht besser von der Stadt angegangen werden? Denn sie will auch noch einen Garderobentrakt in die Tennishalle integrieren. Dafür müsste die Stadt der Bodensee-Arena sicherlich auch noch eine Flächenmiete bezahlen. Ein zusätzliches Risiko geht die Bodensee-Arena ein, da die Umnutzung erst stattfinden kann, wenn die neue Tennishalle im Seezelg steht. Dies kann möglicherweise nicht vor 2020 sein. Daher haben wir uns in der AuA auch zu Recht gefragt, wieso diese Eile. Keine Vereinbarungen, skizzenhafte Konzepte, viel Risiko, der Zeithorizont ist nicht abzuschätzen – dieser Meinung bin ich persönlich auch und werde einen Rückweisungsantrag ebenfalls mitunterstützen. Die Botschaft und die Empfehlung kommen aber vom Stadtrat und wir gehen davon aus, dass die Risikoabschätzung gemacht wurde. Daher erwartet die SP-Fraktion vom Stadtrat, dass die Umnutzung und Risikoanalyse zum Vertragsabschluss bei der Bodensee-Arena sorgfältig und sauber nochmals gemacht und bereinigt wird. Die SP/GEW/JUSO-Fraktion stimmt dementsprechend dieser Botschaft Nutzungsänderung und Verlängerung des Baurechtsvertrags mit der Tennishalle an der Seestrasse mehrheitlich zu, da wir der Tennishalle am See vertrauen und die Stadt mit dem angedachten Sport- und Betriebskonzept in Klein-Venedig mit der Bodensee Arena eng zusammenarbeitet und damit bei der Umsetzung auch an vorderster Front mit einbezogen ist.

GR Brändli: Der Baurechtsvertrag im Gebiet Seezelg ist in unserer Fraktion völlig unbestritten und wird auch einstimmig unterstützt. Wir möchten an dieser Stelle den Initianten der Tennishalle am See AG, namentlich Bernhard Hochstrasser und Ralph Zepfel, für ihren jahrelangen und unermüdlichen Einsatz für den Tennissport im Allgemeinen und natürlich im Nachwuchsbereich herzlich danken. Wir freuen uns, dass die Stadtverwaltung dieses Projekt, wie wir das von ihr kennen, in Zukunft nicht nur verwalten wird, sondern in der gewohnten Manier als Dienstleister für den Kunden, sprich für die Tennishalle am See AG zügig vorantreibt. Wir erwarten aber auch vom Stadtrat, dass er endlich die selbstherrliche Stadtbildkommission an die Leine nimmt und ihr klare Leitplanken für die Zukunft gibt. Es kann wirklich nicht sein, dass der Bauherr der Stadtbildkommission drei verschiedene Projekte vorlegen muss, was schnell einmal CHF 30'000.– bis CHF 40'000.– kostet. Das kann es nicht sein, hier ist der Stadtrat gefordert. Bei der Nutzungsänderung und der Verlängerung des Baurechtsvertrags der alten Tennishalle ist unsere Fraktion bei einer Enthaltung ebenfalls einstimmig dafür, dass man das so umsetzt. Hier geht es ja wirklich einzig und allein darum, dass die alte Tennishalle zukünftig für die Bereiche Sport, Bewegung, Veranstaltungen, Events und Gastronomie genutzt werden kann.

GR Knöpfli: Der Platzbedarf für den Tennis und für die SBW als Mensa ist fraglos ausgewiesen. Dass es Investoren gibt, die den Willen haben, diesen Platzmangel etwas zu beheben, ist überaus löblich und verdankenswert. Dass der Nebenschauplatz Foyer beziehungsweise schon wieder Fernsehen heisst, nervt mindestens mich gewaltig. Warum? Im Frühling haben wir in Hochgeschwindigkeitstempo alles zugunsten des Fernsehens durchgepusht und dabei die Nutzer massiv verunsichert. Im Frühling haben wir oft gehört, das Fernsehen ist halt verlässlicher als ein Sportverein. Jetzt hört man vom Fernsehen, dass man erst die Billag-Initiative abwartet. Wie wenn man im Frühling nicht gewusst hätte, dass diese Initiative zur Abstimmung kommt. Unter Verlässlichkeit verstehe ich in Gottes Namen etwas anderes. Die Unsicherheit, welche hier entstanden ist, sollte der Stadtrat meiner Meinung nach dazu nutzen, dem Fernsehen den Stecker zu ziehen und die Fäden wieder in eigene Hände zu nehmen. Das wäre eine Flucht nach vorne und hätte nichts mit Gänseblümchen abreissen zu

tun. Das Fernsehen kommt, kommt nicht, kommt, kommt nicht. Nichtsdestotrotz bin ich aber überzeugt und rufe sie auch auf, heute Abend diesen beiden Botschaftsteilen zuzustimmen. Wenn wir das nicht machen, richten wir sehr wahrscheinlich einen viel grösseren Schaden an. Denn wenn die Refinanzierung der neuen Halle nicht stimmt, fällt sie wahrscheinlich um, ausser Bernhard Hochstrasser hätte so viel in der Portokasse, wie es für die Finanzierung braucht. Und wenn der Investor nicht mit sicheren Einnahmen auf der bestehenden Halle planen kann, wird uns vermutlich Teil a. auch bachabgehen, selbst wenn wir zustimmen.

Materielle Beratung

Die Botschaft wird seitenweise beraten.

S. 7, b. Umfang und Inhalt

GR Salzmann: In den ersten drei Zeilen steht hier, das bestehende Vereinsgebäude der Kynologen wird durch die Baurechtsgeberin, also die Stadt abgebaut und die Anlage verlegt. So steht es auch im Baurechtsvertrag. Ich gehe davon aus, dass die Flutlichtanlage der Kynologen ebenfalls verlegt wird. Es steht nicht explizit, wäre aber eine Frage. Ich habe mich beim Präsidenten des kynologischen Vereins erkundigt, ebenso bei der Stadtverwaltung. Beide haben mir gesagt, dass die Absicht besteht, die Fläche, welche der kynologische Verein nutzt, 100 Meter nach Osten zu versetzen, um dort das Ganze wieder aufzubauen. Wenn ich aber Beilage 3 der Botschaft anschau, stelle ich fest, dass es ungefähr die Fläche ist, wo der Fussballplatz hinkommen soll. Ich frage mich nun, ob man diesen Verein dorthin verlegen will und fünf Jahre später, wenn der Fussballplatz gebaut werden kann, noch einmal verlegen muss. Ist das alles gut durchdacht? Ich wäre froh um etwas Klärung.

Vize-STP Raggenbass: Das ist ganz einfach zu erklären. Die Verschiebung ist dort hin, wo der Fussballplatz – wenn er denn kommt – sein wird. Wir haben mit den Stadtplanern den Horizont besprochen, welcher frühestens in zehn, wenn nicht eher sogar erst in 15 Jahren da wäre. So wird durch eine Verschiebung, die man jetzt plant, die Fläche, welche die Kynologen nutzen, amortisiert. Das heisst, in dieser Zeit haben sie die Möglichkeit, ihren Sport zu machen und vor allem steht nichts im Weg, wenn die Sportplätze verschoben werden.

GR Salzmann: Besten Dank für die Auskunft. Ich bin auch froh, denn jede Verlegung kostet den Verein auch Geld. Wenn sie alle zehn Jahre umziehen müssen, wäre ich froh, wenn die Stadt dem Verein gegenüber sehr entgegenkommend wäre.

S. 9, 3 Änderung Baurechtsvertrag Tennishalle am See AG, Seestrasse 11a

GR Zülle: An dieser Stelle stelle ich den Rückweisungsantrag Änderung Baurechtsvertrag mit der Tennishalle am See AG.

Der Ratspräsident: GR Zülle, darf ich dich bitten, den Rückweisungsantrag nochmals zu formulieren?

GR Zülle: Es geht um die Änderung des Baurechtsvertrags Tennishalle am See AG. Ich möchte um die Rückweisung von lit. b. bitten.

GR Rüedi: Ich bitte sie, diesen Rückweisungsantrag abzulehnen. Erst möchte ich sagen, eine Tennishalle zu betreiben, ist eigentlich kein wahnsinnig grosses Geschäft. Man verdient sich damit auch keine goldene Nase. Wir sehen das eigentlich auch aus der Vorgeschichte dieser Tennishalle. Wenn sie die Botschaft aus dem Jahr 2003 oder 2004 anschauen, sehen sie, dass die damaligen Aktionäre, das waren alte Kreuzlinger, ihr Kapital auf null abgeschrieben haben. Sie haben es verloren. Und auch die Bank musste damals auf ihre Forderung verzichten. Das heisst, so eine Tennishalle ist eigentlich ein Hochrisikogeschäft. Daher möchte ich die Investitionen der Aktionäre verdanken und vor allem die Jugendlichen, die da gefördert werden. Man darf nicht vergessen, dass die Ziffern *a.* und *b.*, auch wenn wir darüber getrennt abstimmen, den gleichen Vertragspartner haben – die Tennishalle am See AG. Da kann es natürlich Implikationen haben zwischen diesen beiden. Es kann sein, dass in den Berechnungen der Tennishalle AG die Mieteinnahmen, welche durch lit. *b.* gesichert werden, in die Finanzierung von Teil *a.* einfliessen. Von mir aus gesehen ist das nicht gesichert, dass die Tennishalle AG lit. *a.* unterschreiben wird, wenn lit. *b.* heute nicht durchkommt. Für sie ist das ein Gesamtpaket. Ich glaube, dass wir die Verlegung der Tennishalle, die wir ja an einem anderen Ort haben wollen, gefährden, wenn wir die Vorlage zurückweisen, wenn wir dem Antrag von GR Zülle zustimmen. Ich bitte sie, zu bedenken, wir kennen im Moment die Auswirkungen nicht von einer Zustimmung zu diesem Antrag. Ich halte es für gefährlich, wenn ich nicht weiss, ob die Investoren dann noch bereit sind oder überhaupt noch in der Lage sind, die neue Tennishalle am neuen Ort zu finanzieren.

GR R. Herzog: Von verschiedenen Vorrednerinnen und Vorrednern wurde bereits gesagt, es gibt tatsächlich im Bereich von Teil *b.* gewisse Unsicherheiten. Das ganze Nutzungskonzept steht – ich würde nicht gerade sagen auf wackligen Füßen, aber es ist noch nicht wirklich ganz stark auf dem Fundament verankert, da haben wir gewisse Unsicherheitsfaktoren, das ist klar. Aber ich bin doch der Überzeugung, dass wir dort unten sowieso schon genügend Unsicherheiten haben. Und wenn wir jetzt diese Unsicherheiten noch erhöhen, indem wir Teil *b.* zurückweisen, komplizieren wir die ganze Situation noch und tragen dazu bei, dass alles noch weniger klar ist, wo es durchgehen soll. Daher – trotz gewisser Bedenken und auch Unsicherheiten – meinerseits trotzdem eine Zustimmung.

GR Huber: Ich habe es vorhin schon gesagt, mir geht es dort unten um Sicherheit. Diese Sicherheit habe ich bei Teil *b.* einfach nicht. Es geht nicht darum, der Tennishalle AG etwas in den Weg zu stellen. Auch zeitlich haben wir wirklich keinen Zwang. Es ist nur eine Rückweisung, um einfach auch zu sehen, was passiert. Dass es Vorverträge gibt, dass wir auch zeitlich wissen, ob es mit dem Gestaltungsplan im Seezelg überhaupt geht, ob wir das überhaupt hinkriegen. Und auch das Konzept, das jetzt einfach ein Geschnipsel ist, dass wir einfach wissen, was dort unten in der alten Tennishalle passiert und wie das aussieht. Dann kann auch ich zustimmen. Aber jetzt, zu diesem Zeitpunkt, ist es für mich zu vage und zu unsicher.

GR Brändli: Mir geht es gleich wie Kollege Herzog. Es sind Unsicherheiten da, das ist klar. Diese kann man nicht ausräumen, aber es ist auch ganz klar, was in Punkt *b.* beschrieben ist. Wie man die alte Tennishalle in Zukunft betreiben kann, ist klar umschrieben. So kann man es machen. In der Pflicht ist auch der Stadtrat. Wir haben ihm den Auftrag gegeben, was er dort unten machen muss. Er weiss, was er machen muss, er muss sich dort durchsetzen. Und es ist klar: Ohne lit. *b.* kein lit. *a.*, dann fällt beides weg. Dann können wir nochmals ein Rückkommen ins Budget machen, denn

dann fallen dort auch noch einige Sachen raus.

GR Dufner: Ich habe Verständnis für alles, was gesagt wurde. Auch im Hinblick auf die Unterstützung des Tennis. Ich möchte einfach nur darum bitten, dass man sich dann im Klaren ist, was wir heute machen. Wenn man beispielsweise in der Botschaft auf Seite 12 geht und Teil c. anschaut, steht dort, dass die Verlängerung des Baurechtsvertrags nötig sei, damit die Bodensee-Arena ihre Investitionen, die sie tätigt, auch abschreiben kann. Das ist die Begründung, dass es bis 2030 verlängert werden soll. Wenn ich es richtig im Kopf habe, steht auch irgendwo, dass die Bodensee-Arena pro Jahr CHF 70'000.– Miete bezahlen muss. Die Mietzinszahlungen verlängern sich natürlich auch bis ins Jahr 2030. Vorhin wurde gesagt, man habe sich überlegt, ob man den Baurechtszins anpassen müsse. Konkret verlängern wir den Baurechtsvertrag, verlangen nicht mehr Baurechtszins, sie können einen Mietertrag generieren, den sie für das andere Projekt brauchen. Da bin ich voll dabei, können wir auch machen, nur müssen wir uns im Klaren sein, wir subventionieren es, und zwar verdeckt. Man muss es einfach sagen, wie es ist und auf den Punkt bringen. Ich habe nichts dagegen, wenn man sagt, wir machen das, aber bitte macht es offen, macht es transparent. Dann kommt hinzu, wenn ich in den notwendigen Investitionen in Beilage 10 die Aufstellung anschau, die Bodensee-Arena müsste CHF 600'000.– investieren, dann sprechen wir aber nur von den inneren Investitionen. Wir sprechen nicht über Energie oder über Wärmedämmung. Ihr erinnert euch, im Rahmen der Diskussionen über das Fernsehen hiess es, was man da unten alles noch machen müsste, damit das Fernsehen die Halle überhaupt nutzen darf. Bei der Tennishalle habt ihr jetzt das Gefühl, die kann man einfach umnutzen, ohne dass man dort etwas machen muss. Ich denke, dort kommen noch einige Investitionen zu diesen CHF 600'000.– hinzu. Diese muss nicht die Tennishalle am See bezahlen, diese bezahlt die Bodensee-Arena, diese bezahlen wir. Im Investitionsbudget sehe ich das schon kommen. Das bezahlt die Stadt Kreuzlingen. Ich habe auch nichts dagegen, wenn man sagt, man will das machen. Aber sagt es, wie es ist. Das ist der Hintergrund und das ist auch der Hintergrund, wenn man sagt, man schaut die anderen Unsicherheiten an, welche in diesem Nutzungskonzept drin sind. Muss das heute Abend sein oder könnte man das ein bisschen genauer anschauen? Könnte man sich nicht überlegen, ob man die alte Tennishalle nicht doch übernehmen und ihnen halt sonst eine Unterstützung geben will? Jetzt hat man gesagt, wir machen die Betriebsstrukturen mit einem Fachbüro, wir untersuchen und schauen, dass wir aus dieser multifunktionalen Halle mit der Bodensee-Arena das Bestmögliche herausholen können. Und jetzt kommt der Experte und sagt, wenn ihr mit der Tennishalle zusammen etwas machen könntet, könnte man viel mehr machen. Dann müssen wir sagen: Tut uns leid, vor zwei Wochen haben wir den Baurechtsvertrag bis ins Jahr 2030 verlängert. Also können wir diese super Sachen nicht machen. Ich muss einfach sagen, vorausschauend planen und etwas anschauen - darunter verstehe ich etwas anderes. Darum bin ich heute Abend für eine Rückweisung.

Vize-STP Raggenbass: Ich verstehe alle Voten. Wir haben den Auftrag von der Stadt und diesen nehmen wir auch an. Wir haben jetzt ausgelöst, dass wir durch ein Fachbüro ein Konzept erarbeiten lassen für den Betrieb, die notwendigen Infrastrukturmassnahmen für eine solche Mischnutzung zwischen Bewegung, Sport, Mensa, Essen, öffentliche Nutzung. Die Vereine werden am Abend dort hineingehen können. Es wird auf jeden Fall eine öffentliche Nutzung betrieben werden können. Dann wird die Wirtschaftlichkeitsberechnung da sein und natürlich die notwendigen Infrastrukturmassnahmen, die man machen muss. Und wirksam wird auch geprüft, was man von

der Baubewilligung her machen darf und was man energetisch machen muss. All diese Zahlen werden zusammengeführt und aufzeigen, wie man dieses Konzept in Zukunft machen kann. Aber man braucht dann eben auch die Planungssicherheit. Wenn man jemanden beauftragt, kostet das etwas und das ist auch richtig, dann in diese Tiefe planen zu können, um zu wissen, dass es überhaupt möglich ist. Darum machen wir nicht nur beliebt, sondern hoffen, dass ihr das auch versteht. Wenn man eine Planung auslöst, muss man auch wissen, ob das, was wir mit dieser Mischnutzung planen, auch möglich ist. Das ist unsere Frage. Über das Konzept stimmt ihr nicht ab, sondern dass es möglich ist, in der jetzigen Tennishalle anderes, sprich Bewegung, öffentliche Nutzungen im Eventbereich, Mensabereich und Foyer dort drin nutzen zu können. Darum geht es plus um die Verlängerung. Ich will es nicht noch mehr ausweiten, im Vertrag selber ist auch ersichtlich, dass der Stadtrat über das Konzept und die Nutzung abstimmen wird. Daher ist es für uns sehr wichtig, dass wir weiter planen können und dass wir die Planungssicherheit haben, eine andere Nutzung machen zu können.

Abstimmung: Der Rückweisungsantrag zu lit. *b.* von GR Zülle wird mit 8 Ja-Stimmen gegen **26 Nein-Stimmen** bei 2 Enthaltungen **abgelehnt**.

GR Brändli: In der vorberatenden Kommission haben wir festgestellt, dass Nummerierung und Zuteilung nicht in allen Punkten korrekt sind. Wir haben einen Anhang zum Protokoll bekommen, welcher heute als Tischvorlage hätte vorliegen müssen. Dieser soll auf jeden Fall dem Protokoll beigelegt werden.

Rückkommen

GR Forster: Ich möchte etwas zu Bernhard Hochstrasser sagen. Wenn in den letzten 20 Jahren in Kreuzlingen das Wort Tennis gefallen ist, wurde immer auch Bernhard Hochstrasser genannt. Da unten gibt es eine Tafel Kreuzlinger des Jahres. Er ist sicher ein Kandidat. Von mir aus gehört er schon lange dort drauf. Er hat den Draht zu Swiss Tennis, das sind die, die den Federer und den Wawrinka herumschicken. Es gab da unten in der Halle schon Daviscupspiele, so etwas muss man zuerst einmal organisieren. Er hat ein Damenturnier gegründet, wo das Preisgeld von der Kantonalbank immer erhöht wird. Ich wünsche mir für Bernhard Hochstrasser als absolut engagierten Tennismenschen hier drin ein gutes Resultat.

Abstimmung: Die Botschaft

a. Baurechtsvertrag mit der Tennishalle am See AG, 8280 Kreuzlingen, zur Erstellung und zum Betrieb einer Halle für den Tennis- und Badminton sport auf der Parzelle Nr. 5064 (D20240) im Gebiet Seezelg wird **einstimmig genehmigt**.

Abstimmung: Die Botschaft

b. Änderung Baurechtsvertrag mit der Tennishalle am See AG für die bestehende Anlage an der Seestrasse 11a (Nutzungsänderung und Verlängerung), wird mit **32 Ja-Stimmen** gegen 1 Nein-Stimme bei 3 Enthaltungen **genehmigt**.

4. Kreditbegehren von CHF 400'000.– für die Durchführung eines Architekturwettbewerbs und die Projektierung bis und mit Volksabstimmung für ein Parkhaus mit Buseinstellhalle beim Hafengebäude

Eintreten ist unbestritten.

GR Forster: Wir hatten am 13. September eine WBU-Sitzung. Anwesend waren SR Zülle und die Herren Theus und Nöthiger von der Bauverwaltung. Wie immer standen sie kompetent und sachlich Rede und Antwort. Themen und Fragen zur vorliegenden Botschaft betrafen vor allem die hohen Kosten. Es hiess aber, diese seien an sich gegeben. Architektenhonorare und Wettbewerbsgewinne seien festgelegt. Es hiess, ein Wettbewerb würde diese Kosten generieren. Detailfragen, welche allesamt zufriedenstellend beantwortet wurden, waren für mich das Wichtigste. Die rechtlichen Grundlagen um den zurzeit vollen Parkgebührentopf würden mit der Buchhaltung der Stadt noch genauer erläutert. Es ging darum, ob man dort Geld herausnehmen könne. Zur Entstehung und Geschichte des stadträtlichen Vorschlags, ein Parkhaus in diesem Gebiet zu bauen: Der Boden konnte 2015 relativ günstig von den SBB erworben werden. Die Exekutive hat die Idee eines Parkhauses dort unten seit Längerem im Kopf. Also gaben sie einmal eine Konzeptstudie in Auftrag, welche Beilage der Botschaft ist. Diese ist schon relativ detailliert und dient dem geplanten Architekturwettbewerb als Grundlage, was in etwa gewünscht wird. Ein markanter Punkt in dieser Geschichte wären eigentlich Höhe und Grösse dieses Parkhauses. Es wurde gesagt, es solle eine Linie mit dem momentan geplanten Gebäude der Tour de Suisse bilden. Während den Planungen kamen Anfragen des Departements Beringer betreffend Buseinstellplätzen für die Busse und Postautos in Kreuzlingen. Heute bezahlt man dafür rund CHF 100'000.– Miete. Das wurde aufgenommen und es ist sicher eine gute Idee, es ins geplante Parkhaus zu integrieren. Gleichwohl als wohl guter Mieter wurde bereits die PH des Kantons genannt. Diese kommen auch, ein Mieter, welcher das Parkhaus nutzen soll und wird. Laut Aussagen des Stadtrats müsste das Parkhaus mit zusätzlichem Park&Ride-System für die Stadt eigentlich keine weiteren Kosten verursachen. Darum auch der Plan, möglichst schnell noch vor dem Stadthausbau vorzugehen. Der Zeitplan ist in etwa gegeben. Das ist auch in der Botschaft erwähnt. Zu erwähnen ist noch, dass die Sache beim Aggloprogramm angemeldet wurde und für das Parkhaus Aussicht auf Bundesgelder besteht, was mich selber wundert. Das Parkhaus soll so konstruiert und berechnet werden, dass in Zukunft bei Bedarf sogar noch ein Stock daraufgestellt werden kann. Ich denke, das Wichtigste und Grösste ist damit gesagt. Wenn ihr den Text der Botschaft lest, Planungskreditbegehren von CHF 400'000.– für die Durchführung eines Architekturwettbewerbs und die Projektierung bis und mit Volksabstimmung für ein Parkhaus mit Buseinstellhalle beim Hafengebäude sagt eigentlich alles in einem Satz. Daher habe ich dies mit einem Ausrufezeichen versehen. Nach einer relativ langen Diskussion in der WBU kam diese mit 6 Ja bei 2 Enthaltungen zu einem Resultat. Die zwei in der WBU sitzenden Mitglieder der FL/RB-Fraktion haben das den anderen Kolleginnen und Kollegen erläutert und als Rückmeldungen ein Resultat von 4 Ja bei 1 Enthaltung erhalten.

GR Leuch: Die FDP/EVP-Fraktion ist mehrheitlich für dieses Planungskreditbegehren. Wenn wirklich stimmt, was dort im Titel steht, was der Präsident gerade vorgelesen hat, dass Projektierung bis und mit Volksabstimmung alles in diesem Preis enthalten ist, ist die Höhe des Kredits wahrscheinlich gerechtfertigt. Ob es wirklich so ist oder ob es Zufall ist, was da drin steht? Auf jeden Fall ist es ja eine relativ neue Idee. Es brauchte auch noch ein bisschen Druck, bis man dieses Projekt ein bisschen vor-

wärts schob. Für mich war es von Anfang an eine gute Idee, dass man das Parkhaus beim Hafenbahnhof baut. An diesem Ort braucht es einen Wettbewerb, das ist sicher gut. Wir brauchen nicht eine 08/15-Lösung, sondern ein kreatives Projekt, weil der Platz beschränkt ist. In der Länge haben wir genug Platz, aber in der Breite haben wir fast nichts. Das macht das Ganze schwierig. Wenn wir den Raum optimal nutzen wollten, müssten wir das Parkhaus eigentlich über die Strasse bauen. Das wäre möglich. Eine andere Idee wäre noch, die Seetalstrasse tieferzulegen – absenken. Vielleicht sollten wir ein bisschen grossstädtischer denken. Denken wir an Brüssel oder so. Grosse Städte, die Kreisverkehr haben, senken viele Kreuzungen ab. Vielleicht wäre das dort möglich. Was hätte das für Vorteile? Man könnte den Platz optimal ausnutzen und etwas anderes lösen, worüber wir uns den Kopf schon lange zerbrechen und bisher noch keine richtig guten Antworten erhalten haben, wohin gehen wir mit dem Langsamverkehr Nord-Süd? Da zerbrechen wir uns den Kopf, ob wir oben durchgehen, unten durch, aber es ist nicht wirklich befriedigend. Dann könnte man ganz einfach durch. Bei den Autobahnen ist es ja fast obligatorisch, dass man Wildbrücken baut. Dort gehört es dazu. Beim täglichen Wildwechsel zwischen Hafenbahnhof und der Kanti wäre das ganz einfach zu lösen. Wir hätten dann nicht mehr die Störung des Verkehrs. Dort geht wirklich oft eine wilde Horde über die Strasse und man könnte dies auf einen Streich auch noch lösen, dass diese dort hinüberwechseln könnten. Eben Wildwechsel passt irgendwo. Sicher ein wilder Wechsel, wenn es nicht Wildwechsel ist. Dann hätten wir auch noch gelöst, was vom Kanton hier auch noch eine Schwierigkeit ist, die Ein- und Ausfahrt des Parkhauses, die auch nicht ganz einfach zu lösen ist. Bei stark frequentierten Strassen müssen wir schauen, dass der Verkehr fliesst und nicht durch jeden, der ins Parkhaus hinein will, gestaut wird. Es ist vielleicht eine verrückte Idee, aber ich habe gedacht, ich müsse sie einbringen, denn heute ist die einzige Möglichkeit dazu. Danach wird geplant. Leider enthält diese Botschaft auch einige Haken, was auch sehr stark kritisiert wurde. Wir führten bereits eine halbe Gemeinderatsdebatte in der Fraktion darüber. Was in der Botschaft einfach fehlt, sind Kostenaufstellungen. Was es kostet, steht wohl drin, aber was man einnimmt und wie es bewirtschaftet werden soll, darüber wird in der Botschaft überhaupt nichts geschrieben. Das ist in der Botschaft ein absolutes Minus. Die Zahlen sind ja bekannt. Wir haben ja dort mindestens 16 Busse. Dann haben wir die CHF 100'000.–, die wir nicht mehr bezahlen müssen, die könnte man eigentlich zu den Einnahmen nehmen. Dann haben wir 160 Parkplätze der PH. 40 Wochen lang ist Schule, fünf Tage pro Woche. Das sind alles Zahlen, mit denen man etwas anfangen könnte. Dann haben wir 180 Parkplätze. Auch das ist eine Zahl, die etwas bringen könnte. Dann haben wir erst noch 150 Veloparkplätze, welche auch noch etwas einbringen. Aus dieser Sicht müsste es doch möglich sein, eine Kostenberechnung betreffend Einnahmen zu machen. Um noch bei den Minuspunkten zu bleiben: Ein weiterer Punkt ist das Leitsystem. In der Konzeptstudie 6.1 Leitsysteme heisst es: „Beim Zufahrtsbereich zum Parkhaus wird die jeweils freie Parkplatzanzahl sichtbar sein.“ Das ist noch interessant. Wird sichtbar sein. Ziemlich klare Sache. Aber bei dem ehrgeizigen Zeitplan, den ihr da aufgestellt habt, Inbetriebnahme August 2019 frage ich mich, ob wir bis dann dieses Parkleitsystem haben werden. Man hört und spricht schon lange davon, aber ich habe noch nichts Konkretes gesehen. Das ist etwas vom Wesentlichsten. Wenn wir kein Parkleitsystem haben, müssen wir auch kein Parkhaus bauen. Das nützt nämlich nichts, wenn immer alle daran vorbeifahren und nicht dorthin fahren, wo sie näher parkieren können. Der motorisierte Individualverkehr muss und will gelenkt werden. Das ist etwas Wesentliches, damit es überhaupt einen Sinn hat. Im heutigen Verdichtungszeitalter, wo man immer mehr Menschen aufeinanderstapelt und immer mehr Menschen aufeinander wohnen können, denke ich, darf man auch nicht davor

zurückschrecken, dass man auch beim Parkieren verdichtet. Man kann die Autos ja wirklich übereinanderstapeln. Die Möglichkeit ist auch da, ein automatisches Parkhaus zu bauen, wo die Autos übereinandergestapelt werden und man den Platz besser ausnützen könnte. Aber im Grossen und Ganzen meine ich, das Parkhaus ist an diesem Ort nötig. Ein wichtiger Punkt sind auch die 600 Parkplätze, die wir auf dem Kiesplatz von der Bodensee-Arena bis zur Badi entfernen wollen. Aber das angedachte Parkhaus an der Seestrasse ist nur für 350 Parkplätze geplant. Wenn man nun noch den Hafenbahnhof mit 180 Fahrzeugen dazuzählt, sind wir immer noch nicht annähernd bei 600. Also gibt es eigentlich gar keine Diskussion, dass wir beide Parkhäuser brauchen, wenn es uns wirklich damit ernst ist, die Autos dort wegzubringen. GR Zülle hat einmal irgendetwas zu dem Blechdosenlager dort unten gesagt. Aber wenn wir es wirklich wollen, ist es ganz klar, dass wir die Parkhäuser brauchen. An der Seestrasse können wir nicht ein so riesiges Parkhaus bauen, dort ist es gar nicht möglich und das andere auch nicht. Aber zusammen kommen wir doch annähernd an diese Zahl heran. Wenn wir das Parkhaus auf zwei Etagen erhöhen könnten sowieso. Aber es ist notwendig, dass wir es bauen. Das brauchen wir gar nicht zu diskutieren. Der Standort ist richtig. Wir können dort nach allen Seiten wegfahren, auch mit der Bahn. Es ist eigentlich eine gute Lage. Wir müssen uns vielleicht noch ein bisschen an den Standort gewöhnen, aber ich glaube, es gibt eine gute Sache.

GR R. Herzog: Ich bin schon einigermaßen überrascht, dass aus der gleichen Fraktion, wo es darum geht, den Stellenetat tiefzuhalten, gleichzeitig oder einige Minuten später Forderungen kommen, dass man bereits im Rahmen eines Projektierungskredits unglaublich tiefe Abklärungen machen müsste, eine Überdeckung planen sollte, dass in den Unterlagen für den Projektierungskredit bereits die Zahlen geliefert werden sollten, was die spätere Nutzung, genaue Konzepte, Preise, Einnahmen, Ausgaben und so weiter betrifft. Meine Damen und Herren, das ist ein Projektierungskredit und es ist nicht die Botschaft zur Erstellung eines Parkhauses. Das müssen wir uns einfach bewusst sein, um was es hier geht. Wir dürfen nicht einfach immer noch mehr von der Verwaltung erwarten, dass die noch mehr Abklärungen voraus macht, noch mehr Unterlagen liefert, gleichzeitig zurückhaltend sein, wenn es um die Stellen geht. Das geht nicht auf. Soweit meine Vorbemerkung. Zweite Vorbemerkung: Wir haben vollstes Vertrauen in den Stadtrat, dass er weiss, was er im Titel dieser Botschaft geschrieben hat. Für uns sprechen keine Gründe gegen diesen Projektierungskredit. Anders gesagt: Er eröffnet viele Optionen, sodass wenn die Projektierung zu einem glücklichen Resultat geführt werden kann, werden wir einerseits eine Einstellhalle für die Busse haben, gleichzeitig die Parkplatzsituation für die Pädagogische Hochschule gelöst haben, Park&Ride-Konzept umsetzen können, Leute mit Fahrzeugen aus dem Hafen und dem Seeburgpark heraushalten können, allgemein das ganze Hafengebiet entlasten können. Das sind alles positive Auswirkungen der Realisierung eines solchen Parkhauses am Hafenbahnhof. Deshalb ist unsere Fraktion ganz klar für die Planung dieses Parkhauses und hofft, dass dabei allerdings, weil es ja doch ein sehr langes, grosses Gebäude wird, auch entsprechend saubere Abklärungen getroffen werden, dass man sich auch bei der Gestaltung dieses Parkhauses Mühe gibt. Man muss daran denken, dass ein grosser Baukörper entsteht, dass man sich bemüht, dass er städtebaulich überzeugend ist im vollen Wissen darum, dass der Bau später, wenn man sich für eine Aufstockung entscheidet, noch markanter, noch grösser werden kann. Wichtig ist es, der Gestaltung früh die notwendige Bedeutung zuzumessen. In diesem Zusammenhang deshalb die Aufforderung ganz klar an den Stadtrat, die nötige Vorsicht bei der Planung einzubauen, der Gestaltung dieses Parkhauses bereits in der Projektierungsphase ein hohes Gewicht zu geben. Nicht bloss der Frage

der geeigneten Zu- und Wegfahrt, sondern auch der Gestaltung. Unter dieser Prämisse stimmt unsere Fraktion dieser Botschaft einstimmig zu.

GR Zülle: Auch die CVP-Fraktion hat die Botschaft Planungskredit von CHF 400'000.– für die Durchführung des Architekturwettbewerbs und Projektierung bis und mit Volksabstimmung eines Parkhauses mit Buseinstellhalle im Hafengebäude eingehend geprüft und diskutiert. Wichtig zu erwähnen ist die Fussgängererschliessung. Wir möchten, dass diese im Wettbewerb unbedingt geplant und klar aufgezeigt wird. Die CVP-Fraktion wird dieser Botschaft einstimmig zustimmen.

GR Lauber: Unsere Fraktion hat das Geschäft ebenfalls geprüft. Angefangen haben wir mit der Übersicht sämtlicher kommenden Parkingprojekte und sind dann ziemlich bald in die Botschaft eingetaucht. Wir haben noch den zeitlichen Zusammenhang mit dem Bärenplatz diskutiert und den Bau des Stadthauses, dass es relativ ehrgeizig ist, das hinzukriegen. Auch die Doppelnutzung Busbetrieb, dass die Busse endlich einen Platz haben und wie das Konfliktpotenzial ist, haben wir diskutiert. Dann sind wir ziemlich schnell in die Details hinein und haben überlegt, wo die Transportvelos Kreuzlingen Tourismus hinkommen und wo die Ladestellen der Basisinfrastruktur hinkommen. Nachdem wir schon so viele Details hatten, sagten wir fertig, daher werden wir diesem Geschäft einstimmig zustimmen.

SR Zülle: Ich habe natürlich auch in der WBU die Kritiken gehört, welche diese Botschaft anscheinend enthält. Ich habe dort schon gesagt und teile absolut die Meinung des Vorredners Ruedi Herzog, der ganz deutlich und klar gesagt hat, hier geht es nicht um das Parkhaus, welches wir geplant haben. Es geht darum, den Wettbewerb zu machen, um ein Parkhaus zu planen. Das muss man einfach auseinanderhalten. Der Wettbewerb wird durchgeführt, um genau die Qualität zu erreichen, welche vorhin erwähnt wurde. Dass es nicht einfach ein Parkhaus ist, wo man jedes Mal, wenn man durchfährt, sagen muss, wie kann man nur so etwas bauen! Es soll eine gefreute Sache werden, egal ob sie begrünt ist oder nicht. Darum machen wir den Wettbewerb. Man macht einen Wettbewerb, schreibt es öffentlich aus und dann sollte man eigentlich das Optimum erhalten. Das eine ist das Ästhetische und Städtebauliche, das andere ist natürlich auch, wie soll das Parkhaus funktionieren? Wie ist zum Beispiel die Erschliessung von der Strasse her, damit es keinen Stau gibt, wenn viele Leute hineinfahren wollen? Wir wussten auch nicht, ob es eine oder zwei Spindeln geben soll. Das hat damit zu tun, ob die SBB uns noch ein bisschen Land gibt. Seit heute wissen wir, dass die SBB uns dieses Land nicht gibt, also wird es zwei Spindeln geben links und rechts. Jene, die die Vorprüfung gesehen haben, die Machbarkeitsstudie ging eigentlich recht ins Detail, da sind sogar Parkplätze eingezeichnet und so weiter. In dieser Machbarkeitsstudie zeigt sich, dass wir mit zwei Spindeln ein bisschen weniger Parkfelder haben, als wenn man nur eine Spindel gemacht hätte. Und jetzt kommt genau das: Wie soll man denn berechnen, was das Ganze kostet, wie viel Geld wir einnehmen und ob es am Schluss rentiert? Solche detaillierten Auskünfte kann man erst geben, wenn man weiss, wie das Parkhaus aussieht, was bei den Wettbewerbsgewinnen herausgekommen ist und nach der Nachbearbeitung. Dann kann man berechnen, wie viel das Parkhaus kostet. Dann kann man berechnen, wie viele Parkplätze es gibt, wie viele Busse hineingestellt werden können. Und erst dann kann man all diese Berechnungen machen, welche dann für die Volksabstimmung selbstverständlich wichtig sind. Und diese werden wir dort auch hineinschreiben. Wir haben einmal ganz rudimentär gerechnet. Ich kann einfach so viel sagen: Bei den öffentlichen Parkplätzen, die man vermieten kann, braucht es eine Auslastung von rund

50 %, wenn man CHF 1.– verlangt. Wenn man CHF 1.50.– pro Stunde verlangt, sind es 30 % Auslastung, damit es aufgeht. Aber das ist einfach eine Annahme. Wir wissen ja nicht, ob das Parkhaus CHF 8 Mio. oder CHF 9 Mio. kostet. Das ist etwas, was man erst herausfinden kann, wenn man weiss, wie der Wettbewerb ausgeht. Daher ist es nicht so, dass diese Botschaft nicht mit grosser Sorgfalt gemacht wurde, und dass man nicht hat rechnen wollen. Man hätte schon solche Berechnungen machen können, aber stellt euch vor, auch wenn die Medien da sind, würde man jetzt einen Preis bekannt geben, was die Parkplatznutzer oder die Busse bezahlen müssen. Wir können nur intern annehmen, was wir etwa verlangen können. Es kommt natürlich auch darauf an, wie gross die Parkfelder sind. Ich wäre froh, wenn sie diese Botschaft annehmen und uns die Chance geben würden, etwas Gescheites zu planen, einen Wettbewerb zu machen, damit es dann ein Parkhaus ist, welches Freude macht und den Nutzen erbringt für die Leute, die ins Seeburgareal gehen, die zum Hafen gehen oder an Veranstaltungen. Oder eben auch für die PH oder für die Sportanlässe ist es enorm wichtig, dass wir dort ein Parkhaus haben nebst der Doppelnutzung Bus und Postauto. Daher möchte ich sie bitten, dieser Botschaft zuzustimmen.

Materielle Beratung

Die Botschaft wird seitenweise beraten.

Abstimmung: Die Botschaft Kreditbegehren von CHF 400'000.– für die Durchführung eines Architekturwettbewerbs und die Projektierung bis und mit Volksabstimmung für ein Parkhaus mit Buseinstellhalle beim Hafengebäude **wird mit 33 Ja-Stimmen** bei 4 Enthaltungen **genehmigt.**

Verschiedenes

5. Verschiedenes

5.1 Schriftliche Anfrage SP/GEW/JUSO „Energiewende im Zusammenhang mit der Strommarktliberalisierung“

Der Ratspräsident: Es ist eine schriftliche Anfrage der SP/GEW/Juso-Fraktion eingereicht worden. Das Thema ist die Energiewende im Zusammenhang mit der Strommarktliberalisierung. Ich gebe diese weiter an die Kanzlei zur Bearbeitung.

5.2 Flyer / Handhabung Tischvorlagen von Fraktionen

Der Ratspräsident: Ich möchte sie noch auf den Flyer „Kulturregion Kreuzlingen“ hinweisen. An der letzten Gemeinderatssitzung gab es Diskussionen bezüglich der Tischvorlage der FDP/EVP-Fraktion bezüglich der Botschaft zur Sozialhilfekommission. Bisher wurden Tischvorlagen ausschliesslich vonseiten der Exekutive, und zwar hauptsächlich aufgrund von entsprechenden Anträgen in den zuständigen Kommissionen verteilt – dies in Absprache mit dem Stadtrat. Dies führte an der letzten Sitzung etwas zu Verwirrungen. Weil verschiedene Gemeinderäte auf mich zukamen, haben wir dies im Büro besprochen. Es gibt in diesem Zusammenhang eigentlich nur eine Grundlage in der Geschäftsordnung des Gemeinderats, das ist Art. 21: „Anträge sind zu formulieren und dem Präsidenten auf Verlangen schriftlich einzureichen.“ Dies ist

die Grundlage in der Geschäftsordnung. Um einen Wildwuchs von Tischvorlagen im Gemeinderat zu vermeiden, werden wir dieses Thema im Büro noch einmal diskutieren und in einer der nächsten Sitzungen einen genau definierten Ablauf vorschlagen, zur künftigen Behandlung von Tischvorlagen. Ich bitte den Stadtschreiber, dies für die nächste Bürositzung so vorzusehen.

5.3 Kreuzlingen Solar

SR Beringer: Ihr habt von mir einen Flyer bekommen „Kreuzlingen Solar“. Dieser Flyer ist an und für sich bekannt, er ist schon länger in Umlauf. Ich möchte ihn aber gern noch einmal in Erinnerung rufen. Es gibt verschiedene Gemeinderäte, die verdankenswerterweise bereits Inhaber eines solchen Solarmoduls sind, die am Fotovoltaik-Beteiligungsmodell der Technischen Betriebe Kreuzlingen teilnehmen. Ich finde das super, ich finde das schön. Es gibt noch wenige Module zu kaufen. Wenn jeder Gemeinderat, der noch nichts hat, sich auch noch daran beteiligen könnte, wären wir ausverkauft und wir hätten das Schiesser-Dach, welches mit Solarpanels belegt ist, finanziert. Ich darf diesen Appell auch an die Zuschauer weitergeben. Es ist eine gute Sache. Wer gern Unterlagen haben möchte, kann diese von mir bekommen. Nutzen sie diese Gelegenheit. Man tut auch etwas für die Energiewende. Wenn jemand nicht die Möglichkeit hat, selber eine Photovoltaikanlage auf das Dach zu stellen, kann er sich so auch daran beteiligen und hat auch ein bisschen Ökostrom.

5.4 Eislaufnachmittag

GR Hummel: Die Herbstferien stehen vor der Tür und immer am ersten Montag in den Herbstferien findet in der Bodensee-Arena ein öffentlicher Eislaufnachmittag statt. Von 13:30 bis 16:00 Uhr kann man gratis Schlittschuh laufen und man kann Schlittschuhe mieten. Es wird noch einen Zvieri geben, offeriert vom Verein Freunde der Bodensee-Arena. Kommt vorbei, schickt die Kinder, kommt selber, probiert es aus.

5.5 Grundsatzentscheid Bahnhof Bernrain / Parkhaus Seestrasse

Vize-STP Raggenbass: Ich möchte nicht künstlich verlängern, ich möchte vor allem danken. Wir haben euch zwei Fragen gestellt: Wie geht es weiter mit dem Parkhaus Seestrasse? Wie geht es weiter mit dem Bahnhof Bernrain? Wir haben Vorschläge gemacht. Das heisst, was bei den ersten Rückmeldungen vor zwei Jahren schon bei uns eingetroffen ist. Wir durften jetzt eine Analyse machen und einen Grundsatzentscheid im Stadtrat nach der Mehrheit der Rückmeldungen aller Fraktionen. Es wird so sein, dass wir das Projekt Bahnhof Bernrain selber realisieren werden. Wir werden eine kleine Arbeitsgruppe zusammenstellen, welche als Erstes die Nutzung zusammenstellt. Daraufhin muss herausgefunden werden – und das machen wir dann selber – wie teuer die Finanzierung sein wird, wenn wir die Nutzung haben. Und das Zweite mit dem Seestrasse-Parkhaus: Auch dort werden wir schauen, was wir selber bauen und wie wir noch Partnerships gewinnen können. Da werden wir jetzt auch weitermachen können. Anfang nächsten Jahres werden wir euch sagen können, wie dann die ersten Entwicklungen sind, um dann im Laufe des nächsten Jahres konkret werden zu können.

5.6 Kirchenglocken

GR Forster: Mir muss das jetzt einer erklären. Der Bevölkerung ist es ein Anliegen,

das mit den Kirchenglocken überall. Thomas Leuch hört jetzt zu. Sagt der Stadtrat jetzt ja oder nein oder wie geht das nun? Das soll mir einer erklären.

SR Zülle: In den Medien stand, es hätten sich Leute beschwert wegen der Glockenschläge in der Nacht. Ich glaube, ich muss nicht alles aufrollen. Wir suchten das Gespräch mit diesen Leuten, die Einsprachen machten. Auch mit Vertretern der beiden Landeskirchen. Wir haben gefragt, was es für Möglichkeiten gibt, allenfalls ein bisschen zu reduzieren. Wir haben dann die Lösung gefunden, dass man auf den Viertelstundenschlag verzichtet und man sagte auch, dass man das Einläuten am Morgen erst um 7.00 Uhr statt um 6.00 Uhr macht. Diese Lösung hat man angeboten. Aus technischen Gründen war es noch nicht sofort möglich, das mit dem Viertelstundenschlag umzusetzen. Das braucht noch ein bisschen mehr Zeit. Aber es wird so gemacht, dass alle Leute befriedigt sein sollten. Es ist ein Versuch und wir machen es so für ein Jahr. Anderenfalls müssten wir von der Bauverwaltung Lärmgutachten machen lassen und diesen Einsprachen nachgehen. Aber im Moment wollen wir diesen Versuch erst einmal abwarten.

GR Brändli: Darf ich fragen, wie viele Leute Einsprache gemacht haben?

SR Zülle: Schwierig zu sagen. Etwa vier sind gekommen. Ich weiss natürlich nicht, ob noch mehr Leute dahinterstanden. Aber es sind sicher vier, die sich betroffen fühlten und die sich auch in den Medien geäussert haben.

GR Forster: Habt ihr diese Kompetenz überhaupt? In der Kirchgemeinde hatten wir eine Abstimmung, Präsidentin war noch Frau Dschulnigg. Es ist eine Sache der Kirchgemeinde. Sie sagte, das Thema ist erledigt. Wieso kommt ihr jetzt dazwischen? Ich weiss nicht, ob ihr die Kompetenz habt, ja oder nein zu sagen. Ich denke eher nicht. Das ist doch Sache der Kirche. Das Haus gehört ja auch nicht euch.

SR Zülle: Es gibt halt Reglemente und Verordnungen, welche vorschreiben, wie stark eine Belastung sein darf, egal ob Lärm oder andere Emissionen. Die Kirchenglocke ist halt für gewisse Leute ein Lärm, die anderen freuen sich darüber. Wenn eine Klage kommt, müssen wir von Amtes wegen Lärmgutachten machen lassen. Dann könnten wir Massnahmen ergreifen. Es wurde bereits bei der katholischen Kirche vor einiger Zeit schon einmal gemacht. Es ist auch ein bisschen grenzwertig. Es ist halt so, wenn etwas laut tönt und nach ein oder zwei Stunden wieder tönt, ist es weniger schlimm, als wenn es jede Viertelstunde tönt. Darum ist es jetzt einfach so, wir müssen dem von Gesetzes wegen nachgehen. Ich weiss nicht, wie die Kirche darauf reagiert, wenn wir Vorschriften machen, sie soll die Glocken leiser machen. Und damit das Verfahren gar nicht ins Rollen gekommen ist, haben wir die Leute an einen Tisch gebeten und mit ihnen gesprochen, ob man irgendeine Lösung findet, ohne ein Rechtsverfahren und eben teure Lärmgutachten machen zu lassen.

GR Forster: Man hat einfach vor diesen drei oder vier gekuscht, sage ich jetzt mal.

5.7 Leerstand Boulevard

GR Forster: Dann noch etwas anderes: Beim Boulevard gibt es immer noch leere Geschäfte. Geht dort etwas? Könnte man dort Künstler oder sonst etwas einmieten?

Der Ratspräsident: Ich denke, diese Frage ist beantwortet. Möchte sich der Stadtrat

dazu äussern?

SR Beringer: Wir haben für eine Zwischennutzung ein mögliches Konzept erstellt, mussten aber feststellen – als wir dieses Konzept hatten – dass das Drehen dieser Läden, wo wieder neue Leute hereinkommen, an und für sich funktioniert und dass es sich zum Teil etwas schneller, zum Teil etwas langsamer selbst reguliert. Es gibt ein oder zwei Läden, die jetzt schon länger frei sind. Wir haben am Boulevard aber jetzt auch wieder zwei oder drei Läden neu bekommen, welche den Mut hatten, sich dort einzumieten. Im Moment wollen wir von finanziellen Unterstützungen absehen und schauen, wie es sich entwickelt. Wir werden auch probieren, auf unserer eigenen Homepage eine Lösung zu suchen, damit man eine Plattform hat, diese freien Läden einzusehen. Das ist eine günstigere Variante, als wenn man eine Agentur engagiert, welche Leute suchen und holen sollte.

GR Hebeisen: Zuerst möchte ich dem Kollegen dort hinten danken. Und zu jenen dort hinten möchte ich etwas sagen. Das macht mich jetzt ein weiteres Mal wütend, und zwar ernsthaft wütend. Ihr habt uns ganz klar versprochen – es war zwar noch der alte Stadtpräsident, aber da sollte die Kommunikation auch zu den Nachfolgern klappen – dass wir irgendwann einen definitiven Bescheid bekommen. Vor allem Elina Müller hat etwa drei Mal nachgefragt und es hiess jedes Mal: Bitte nicht mehr stören, ihr bekommt Bescheid. Und jetzt erfahren wir dieses hier. Ich finde das erschütternd. Das regt mich jetzt echt auf.

Vize-STP Raggenbass: Wir laden euch herzlich ein, das Resultat mit den neuen Ideen und Planungen, nach den Herbstferien mit euch anzuschauen.

GR Forster: Mir hat gefallen, was SR Beringer gesagt hat. Von finanziellen Unterstützungen werden wir absehen, und dann hat sich der Ersatzmann gerade wieder umgedreht.

Der Ratspräsident schliesst die Sitzung um 22.16 Uhr.

Beilagen

1. Schriftliche Anfrage im Zusammenhang mit der Diskussion um die Energiewende des Bundes und der anstehenden Strommarktliberalisierung
2. Tischvorlage zu Traktandum 3

Geht an

- Mitglieder des Gemeinderats
- Adressaten gemäss besonderem Verteiler

Für die Richtigkeit:

Der Gemeinderatspräsident

Der Sekretär

Der Vizepräsident

Der Stimmenzähler



Gemeinderatsfraktion SP/GEW/JUSO Kreuzlingen

Stadtrat Kreuzlingen
 Hauptstrasse 62
 8280 Kreuzlingen

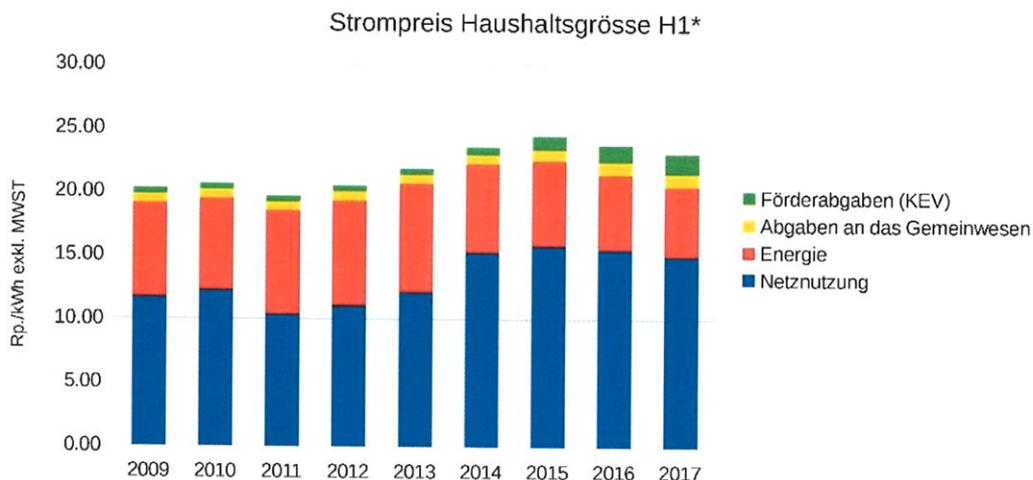
Kreuzlingen, 25.09.2017

Schriftliche Anfrage

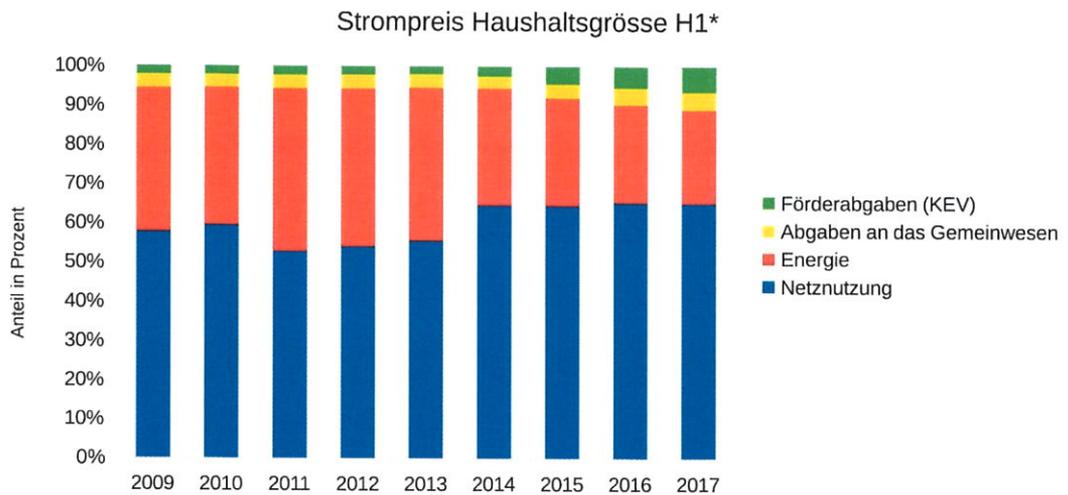
Sehr geehrter Stadtrat

Die Fraktion SP/JUSO/GEW hat sich im Zusammenhang mit der Diskussion um die Energiewende des Bundes und der anstehenden Strommarktliberalisierung intensiv mit diversen Fragen betreffend Energiepreise auseinandergesetzt.

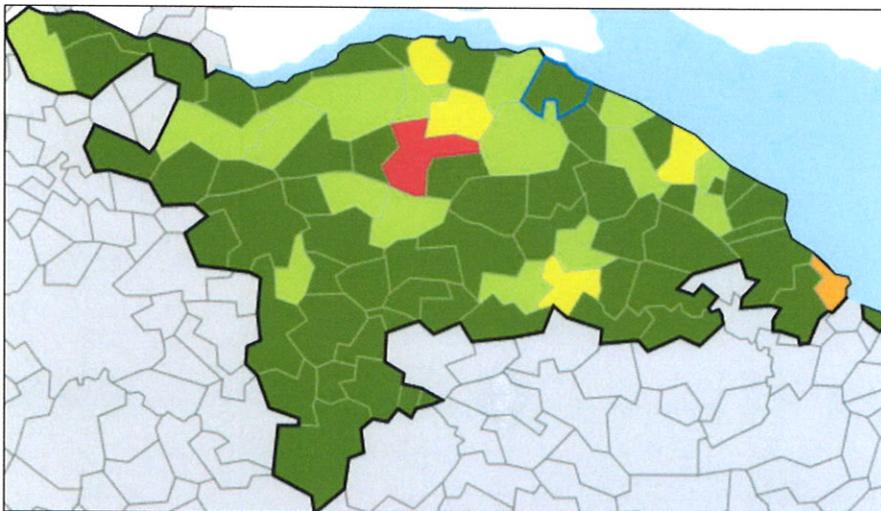
Wie Darstellung 1 zeigt, sind die Netznutzungskosten seit 2009 in absoluten Zahlen deutlich angestiegen (gezeigt am Haushaltstyp H1).



Ebenso hat ihr prozentualer Anteil im Vergleich zu den Energiekosten zugenommen (Darstellung 2).



Im kantonalen Vergleich zeigt sich ein widersprüchliches Bild: Bei den Energiekosten gehört Kreuzlingen zu den günstigen Gemeinden des Kantons:



Kartengrundlage: © BFS, ThemaKart 2016

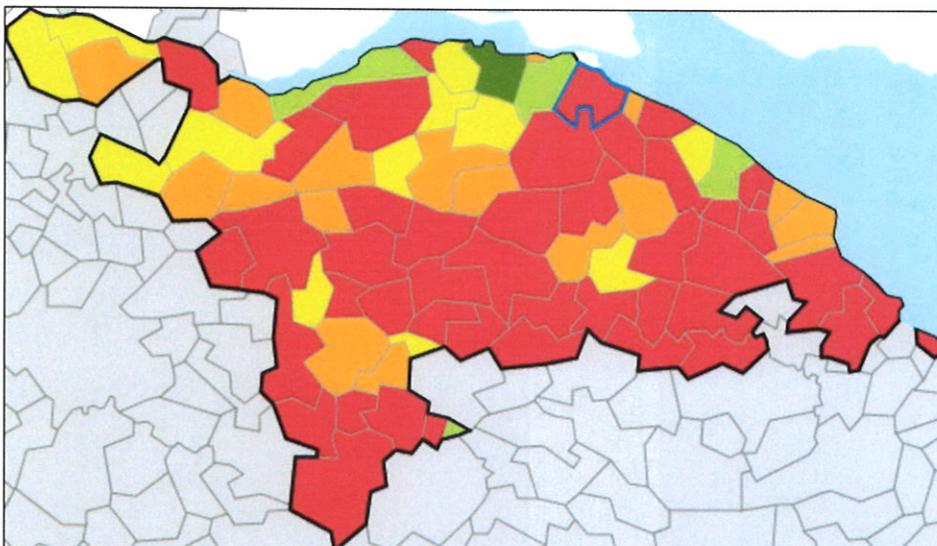
Tarifvergleich in Rp./kWh: Kategorie H1, Energie für das Jahr 2017 ?

< 6,66
 6,66 - 7,44
 7,44 - 8,22
 8,22 - 9,00
 > 9,00

Keine Tarifdaten vorhanden (Daten nicht geliefert oder in Überprüfung)

Aktuell ausgewählte Gemeinde

Bei den Netzkosten jedoch ist Kreuzlingen eine der teuren Gemeinden:



Kartengrundlage: © BFS, ThemaKart 2016

Tarifvergleich in Rp./kWh: Kategorie H1, Netznutzung für das Jahr 2017 ⓘ

■ < 10,96 ■ 10,96 - 12,25 ■ 12,25 - 13,54 ■ 13,54 - 14,83 ■ > 14,83

Keine Tarifdaten vorhanden (Daten nicht geliefert oder in Überprüfung)

Aktuell ausgewählte Gemeinde

Mit der allfälligen zweiten Stufe der Strommarktliberalisierung werden die Herausforderungen für die Technischen Betriebe weiter zunehmen.

Die Fraktion SP/JUSO/GEW bittet den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen in diesem Zusammenhang:

1. Was sind die Ursachen für die markanten Preissteigerungen für Netznutzung (inkl. SDL) seit 2009?
2. Weshalb ist der Anteil der Netznutzungsgebühren am Strompreis in Kreuzlingen höher als in anderen Thurgauern Gemeinden?
3. Was sind die Strategien der TBK um auf eine allfällige vollständige Strommarktliberalisierung zu reagieren?
4. Wie kann sichergestellt werden, dass der Umbau des Kreuzlinger Stromkonsums zu mehr erneuerbaren Energiequellen nicht gefährdet wird?
5. Wie kann verhindert werden, dass die Strommarktliberalisierung zu einer massiven Strompreissteigerung für Privathaushalte und kleine und mittlere Betriebe führt? (In Deutschland: Verdoppelung des Preises pro Kilowattstunde für Privathaushalte zwischen 2000 und 2014.)

Freundliche Grüsse

E. Müller

GR Elina Müller und GR Ruedi Herzog
im Namen der Fraktion SP/JUSO/GEW

Konto	INV-Nr.	Investitionsprojekt, Bezeichnung	verfügbare Restkredit	Budget 2018	Mitteinsatz 2017	2018
3414		Familien- und Freizeitbad Egelsee	0	0	0	3'000
3414.5040.00	Offen	Erweiterung Familien- und Freizeitbad Egelsee, Gebäude	*1)	(20'475)		2'000
3414.5040.00	Offen	Erweiterung Familien- und Freizeitbad Egelsee, Technik	*1)	(6'825)		1'000
3421		Parkanlagen, Wanderwege	3'498	0	0	0
3421.5000.00	INV00067	Festwiese, Gestaltung Park	3'300			
3421.5030.00	INV00008	Parkanlagen Zentrum	198			
3424		Camping Fischerhaus	936	900	836	600
3424.5030.00	INV00051	Neuausrichtung Campingplatz - Etappe 1	800		700	100
3424.5030.00	INV00069	Sanierung Stellplätze wg. Bachsanierung	*4)	136	136	
3424.5040.00	Offen	Neubau Sanitärgebäude		900		500
4120		Kranken, Alters- und Pflegeheime	3'000	0	3'000	0
5120.5660.00	INV00009	Alterszentrum, Baukostenbeitrag	3'000		3'000	
6130		Kantonsstrassen	1'967	201	325	300
6130.5610.10	INV00010	Sanierung Romanshornerstrasse (Blauhaus-Ziilkreisel)	*1)	568		
6130.5610.10	INV00052	Strassensanierungen (Kantonsstrassen)	424	201	325	300
6130.5610.10	INV00053	Busbevorzugung Verkehrsknoten	500			
6130.5610.40	INV00011	Hafen-/Seetalstrasse, Lärmsanierung 4	475			
6150		Gemeindestrassen	8'131	2'472	3'905	3'457
6150.5010.00	INV00012	Verkehrsberuhigungen	138		50	50
6150.5010.00	INV00013	Strassensanierungen (Gemeindestrassen)	716	884	900	700
6150.5010.00	INV00014	Sanierung Hauptstrasse Nord	*1)	123		
6150.5010.00	INV00015	Zentrum, Gestaltung	143		50	50
6150.5010.00	INV00016	Sanierung Löwenstrasse	*1)	240		
6150.5010.00	INV00054	Lärmsanierungsprojekt	435	40	350	125
6150.5010.00	INV00075	Umgestaltung Alpstrasse	746			745
6150.5010.00	Offen	Umgestaltung Verkehrsführung Schwimmbad Hörnli		750		750
6150.5010.10	INV00017	Fussgänger- und Radwege	417	483	400	500
6150.5010.10	INV00018	Sanierung Fusssteg Viadukt Jakobshöhe	844			840
6150.5010.10	Offen	Radwegverbindung Tägerwil-Lengwil		50		50
6150.5010.30	INV00019	Quartierserschliessungen	1'038		975	-488
6150.5010.30	INV00020	Ausbau Werftstrasse	519			
6150.5010.40	INV00021	Deckbeläge, Restanzen & Reparaturen	385	115	250	250
6150.5010.40	INV00022	Instandsetzung Sonnenwiesenstrasse	639		250	
6150.5010.40	INV00076	Instandsetzung Rebenstrasse	250			
6150.5010.50	INV00023	Hauptstrasse Helvetiaplatz/Löwenplatz	815			
6150.5010.50	INV00024	Paulistrasse, Verlängerung	383		380	-265
6150.5010.50	INV00055	Brücke Schwimmbadstrasse	300	150	300	150
6152		Parkplatzbewirtschaftung mit MWST	1'774	0	386	842
6152.5030.00	INV00025	Umgestaltung PP Hafenaerial	430		340	
6152.5030.00	INV00026	Umgestaltung PP Hörnli	509			414
6152.5030.00	INV00056	Parkplatz Yacht-Club	135			

Konto	INV-Nr.	Investitionsprojekt, Bezeichnung	verfügbarer Restkredit	Budget 2018	Mitteleinsatz 2017	2018
9630		Liegenschaften des Finanzvermögens	817	370	767	2'970
9630.7040.00	INV00043	Hafenstrasse 8, Sanierung Fabrik Fenster & Dach	217		167	50
9630.7040.00	INV00061	Hafenstr. 6, Sanierung Villa Fassade *4)	600		600	
9630.7040.00	Offen	Bodanstrasse 7a, Sanierung Industrie-Teil Fassade *5)		(750)		750
9630.7040.00	Offen	Einbau Lift Musikschule		370		370
9630.7040.00	Offen	Hafenstr. 6, Sanierung Villa Dachgeschoss *5)		(500)		500
9630.7040.00	Offen	Sanierung und Ausbau Heinrichhalle *1)		(1'300)		1'300
Verwaltungsvermögen Total			74'161	8'592	12'205	20'459
Finanzvermögen Total			817	370	767	2'970
Gesamttotal			74'978	8'962	12'972	23'429

***Legende:**

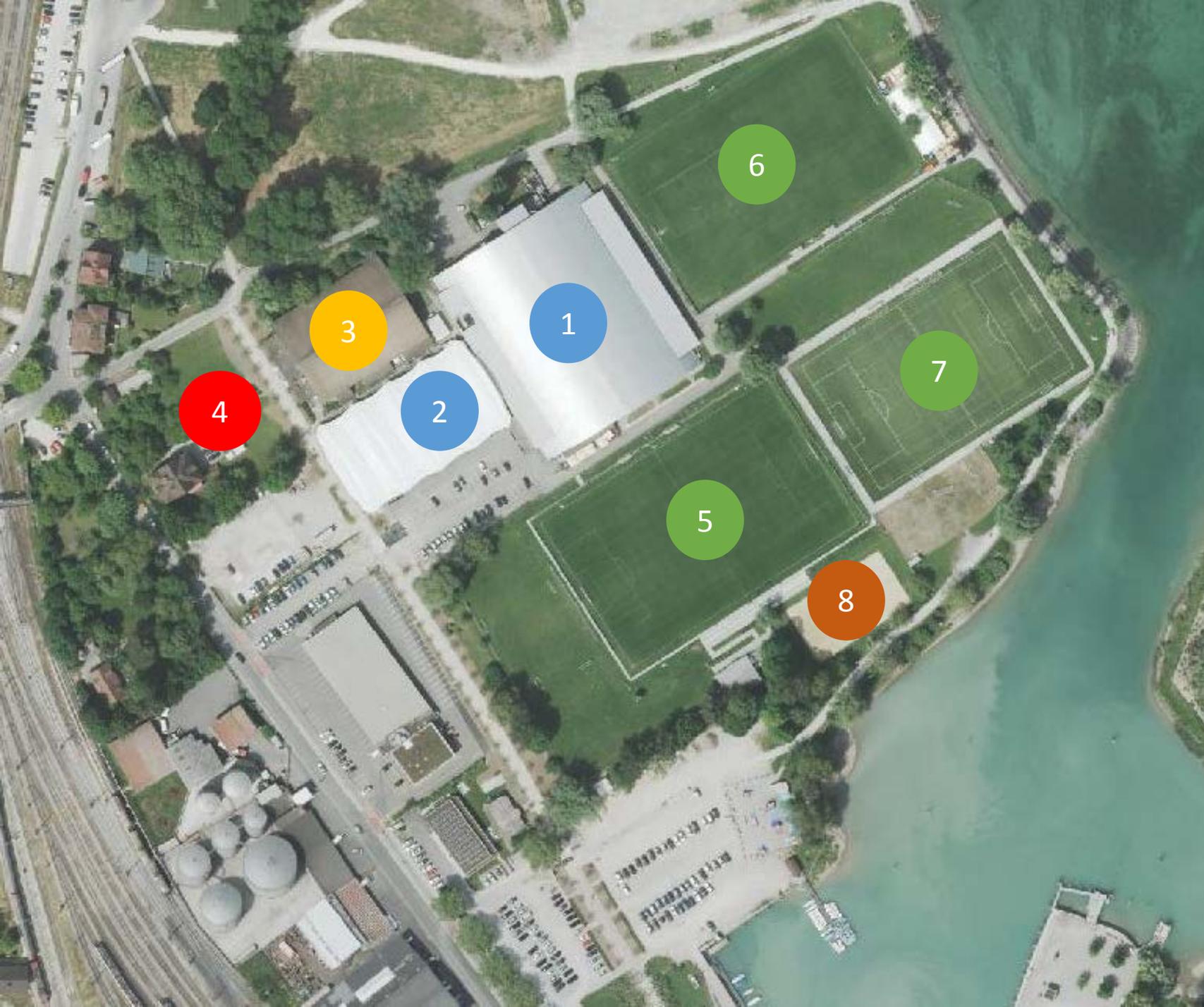
- 1) Volksabstimmung
- 2) Zusammenfassung der entsprechenden Restkredite
- 3) Botschaft an den Gemeinderat
- 4) wird per 31.12.2017 abgeschlossen
- 5) Landkredit

in CHF

Gliederung	Text	Budget 2018	Rechnung 2016	Budget 2017	Kommentar	Zuständig
3120.3635.00	Objektbeiträge Heimatschutz, NHG an private Unternehmungen	109'500	0	0		BV-03
3120.3637.00	Objektbeiträge Heimatschutz, NHG an private Haushalte	10'500	-38'835	98'000		BV-03
32	Kultur (allgemein)	1'997'900	1'594'579	1'715'300		
329	Kultur (allgemein)	1'997'900	1'594'579	1'715'300		
3290	Kultur (allgemein)	1'401'400	1'219'883	1'335'400		
3290.3000.00	Sitzungsgelder	14'000	3'069	8'000	Erarbeitung Kultur- und Kulturzentrumskonzept	GL-01
3290.3010.00	Besoldungen	125'300	64'113	75'500	Reorganisation Abteilung Gesellschaft	FA-05
3290.3010.09	Rückerstattungen Besoldungen	-10'700	-4'230	-10'200		FA-05
3290.3040.00	Familienzulage	2'600	1'415	2'200		FA-05
3290.3050.00	AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten	7'800	4'485	4'700		FA-05
3290.3052.00	AG-Beiträge an Pensionskassen	9'300	4'571	6'100		FA-05
3290.3053.00	AG-Beiträge an Unfallversicherungen	400	248	300		FA-05
3290.3054.00	AG-Beiträge an Familienausgleichskasse	2'300	1'269	1'400		FA-05
3290.3055.00	AG-Beiträge an Krankentaggeldversicherungen	1'500	689	900		FA-05
3290.3130.01	Aufwände für Bundesfeier	20'000	20'135	20'000		GL-01
3290.3130.20	Porti	0	39	0		FA-04
3290.3132.00	Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten, etc.	25'000	0	0	Machbarkeitsstudie Kulturzentrum CHF 25'000	GL-01
3290.3143.00	Unterhalt übrige Tiefbauten	13'000	7'943	8'000	Periodische Gesamtsanierung von zwei bis drei Figuren pro Jahr	GL-01
3290.3159.00	Unterhalt übriges Mobiliar	35'000	24'365	15'000	Zweiter Bilderrechen Compactus CHF 30'000	GL-01
3290.3511.00	Einlage in Kunstfonds EK	35'000	35'000	35'000		GL-01
3290.3636.00	Beiträge	427'000	522'475	548'000	Vgl. Beitragsliste	GL-01
3290.3636.01	Beiträge durch subventionierte Mieten	388'000	269'999	338'000		GL-01
3290.3636.02	Sonderbeiträge/Departementsbeschlüsse	130'000	79'638	80'000	Digitalisierung Archiv Kreuzlinger Fernsehen CHF 30'000, Pilotbetrieb Kulturzentrum Schiesser CHF 20'000	GL-01
3290.3636.05	Städtepartnerschaften	0	15'000	0		GL-01
3290.3636.06	Grenzüberschreitende Kulturprojekte	35'000	15'488	15'000	Bodenseegärten, neue, jährlich wiederkehrende Veranstaltung CHF 20'000	GL-01
3290.3636.07	Generationenprojekte	14'000	9'309	12'000		GL-01
3290.3636.10	Konziljubiläum	20'300	18'179	30'000	Reduzierung im letzten Veranstaltungsjahr, Abschlussveranstaltung Projekt A	GL-01
3290.3636.11	Einmalige Anlässe	30'000	20'199	40'000	Div. Jubiläen	GL-01
3290.3660.60	Abschreibungen Investitionsbeiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck VV	0	15'000	25'500	Sanierung Seemuseum, Baukostenbeitrag	FA-07
3290.3900.00	Interne Verrechnung Sachaufwand	900	900	900		FA-02
3290.3910.00	Interne Verrechnung Personalaufwand	52'900	59'650	49'400		FA-02

Beiträge: Kultur
in CHF

Verein / Organisation	Budget 2018	Rechnung 2016	Budget 2017
Chrüzlinger Fäscht	10'000	10'000	15'000
Förderverein Puppenmuseum Förderverein	3'000	3'000	3'000
Förderverein Schlosstheater Girsberg, Betriebsbeitrag Kulturscheune	7'000	7'000	7'000
Gesellschaft für Musik und Literatur	15'000	15'000	15'000
Gesellschaft für Musik und Literatur, Bodenseefestival + Serenade	10'000	10'000	10'000
Handharmonikaclub	1'500	1'500	1'500
Jazzeile	7'500	7'500	7'500
Jugendmusik Beitrag	22'000	22'000	22'000
KIK Kabarett in Kreuzlingen	5'000	10'000	10'000
Kinderumzug Rosenmontag/Kindermaskenball	2'000	2'000	2'000
Kolpingtheater, Beitrag inkl. Defizitgarantie	1'000		1'000
Kreuzlinger Fernsehen	36'000	36'000	36'000
Kulturdachverband, Beitrag	6'000	6'000	6'000
Ludothek Beitrag für Miete im Zentrum Bären	10'000	10'000	10'000
Museum Roseneegg, Betriebskostenbeitrag		30'000	30'000
Museum Roseneegg, Darlehenszins	2'900		2'900
Oratorienchor	5'000	4'000	4'000
Orchester Divertimento	2'000	1'000	1'000
See - Burgtheater	50'000	50'000	50'000
Stadttheater Konstanz	17'000	15'000	15'000
Stiftung Seemuseum, Betriebskostenbeitrag 2013,14,15		60'000	60'000
Stiftung Sternwarte, Betriebskostenbeitrag		25'000	25'000
Stiftung Sternwarte, Darlehenszins	3'700	3'675	3'700
Südwestdeutsche Philharmonie	30'000	30'000	30'000
Symphonisches Blasorchester Kreuzlingen, Beitrag Raumkosten Probelokal Schlüssel	44'000	44'000	44'000
Tambourenverein, Beitrag	2'000	2'000	2'000
Theater an der Grenze	15'000	15'000	15'000
Thurg. Jugendsymphonieorchester	500		500
Thurg. Kammerchor	3'000	3'000	3'000
Tierparkverein	80'000	80'000	80'000
VHS Volkshochschule	5'000	5'000	5'000
Vogelschutzverein	800	800	800
Verein Städtepartnerschaften	15'000		15'000
Z88 Beitrag Betriebskosten	14'000	14'000	14'000
Rundung / Kleinbeiträge bis CHF 1'000.--	1'100		1'100
Total Kultur, Konto 3290.3636.00	427'000	522'475	548'000



Nutzung Gebiet Klein Venedig 2017

1. Bodensee-Arena Halle Eis, Event, Hotel und Restaurant
2. Bodensee-Arena Ausseneisfeld Eis und Event
3. Tennishalle am See AG Tennis und Badminton
4. Campus SBW, NET, Sport-KV, ISKK
5. Fussballplatz 1
6. Fussballplatz 2
7. Kunstrasenplatz
8. Beach Volleyball